

Rosener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

Amtliches.

Berlin, 18. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem R. neapolitanischen Fregatencapitän Rodriguey den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Regierungs- und Schulrath, Dompfarrer Kopp zu Minden den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Steuerassessor Friedrich Wilhelm Heise zu Zehdenick, im Kreise Tempin, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner dem im Ministerium des Innern angestellten Geheimen Registrator Hertel den Charakter als Kanzleirath beizulegen; auch dem Ober-Stub- und Regimentsarzt Dr. Strunz beim 3. Husaren-Regiment die Erlaubniß zur Anlegung des von dem Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes vierter Klasse des Guelphen-Ordens, zu ertheilen.

Abgerufen: Se. Exz. der General der Kavallerie und Chef des Generalstabes der Armee, von Meyher, nach Thüringen; der Wirkliche Geheimen Ober-Rath und Generaldirektor der Steuern, von Kommer-Esche, nach der Rheinprovinz.

Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag, 17. Juli. Hier eingetroffene Nachrichten aus Bukarest vom 15. d. melden, daß der Hospodar der Moldau, Fürst Schika, die Regierung niedergelegt habe, und daß derselbe zum Kaimakam für die Walachei ernannt worden sei, woselbst er die Regierung sofort übernehmen sollte. Als Kaimakam für die Moldau ist der Bojar Theodor Balsch ernannt worden.

Madrid, Donnerstag, 17. Juli. Die Insurrektion ist nach heftigem dreißigstündigen Kampfe unterdrückt. Es giebt viele Tode. Die Nationalgarde ist entwaffnet worden. Vierzig in Madrid anwesende Deputirte, die sich vereinigt hatten, um auf legale Weise die Cortes zusammen zu berufen, wurden durch Truppen auseinandergesprengt. Der Aufenthalt Espartero's ist noch immer unbekannt; wahrscheinlich befindet er sich in Saragossa oder in Logrono. Man behauptet, in Saragossa sei die Insurrektion siegreich; die Garnison sei auf die Seite des Volkes übergetreten. Aus Barcelona ist keine Nachricht eingelaufen. Man versichert, auch Catalonien sei im Aufstande.

Deutschland.

Preußen. AD. Berlin, 17. Juli. [Dementirte Gerüchte; die Kommanditgesellschaften; der Gesandte Russlands für Paris.] In der auswärtigen Presse tauchen allerlei wunderliche Gerüchte über angebliche Kesselfläche der hervorragenden Personen Preußens mit so vieler Unversicht auf und finden so weite Verbreitung, daß es der Mühe nicht unwerth ist, dieselben zuweilen einer näheren Prüfung zu unterziehen. In Pariser Blättern ist mit aller Bestimmtheit zu lesen, daß unseres Königs Majestät baldigt von Marienbad einen Ausflug nach Wien zu machen gedenke, um der Taufe der neugeborenen Erzherzogin als Zeuge beizuwohnen. Das politische Publikum Frankreichs wird sich von der Grundlosigkeit dieser Mittheilung sehr bald überzeugen, wenn die Nachricht dort anlangt, daß die Taufe der jungen Erzherzogin bereits ohne die Anwesenheit des preussischen Monarchen stattgefunden hat. Einem belgischen Blatte wird die telegraphische Meldung gemacht, daß der Ministerpräsident v. Manteuffel einen Aufenthalt in Brüssel nehmen würde, um den Festlichkeiten, welche für die 25jährige Feier der Thronbesteigung des Königs Leopold vorbereitet werden, seine Gegenwart zu schenken. Von einer solchen Absicht ist in hiesigen wohlunterrichteten Kreisen nichts bekannt. Vielmehr wird die Rückkehr des Herrn v. Manteuffel mit Bestimmtheit schon morgen erwartet, während die Feierlichkeiten in Brüssel erst in der nächsten Woche ihren Anfang nehmen. — Die von der Regierung allen Ernstes beabsichtigten Maßregel gegen die auf den Alogotagegeschwindel berechnete Gründung von Kommanditgesellschaften haben eine Verzögerung erfahren. Schon am Montage erwartete man die Veröffentlichung einer betreffenden Verordnung im „Staats-Anzeiger“. Diese Erwartung blieb bisher unerfüllt und die Börsenspekulanten schöpften daraus die Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit auf unbestimmte Zeit vertagt sei. Eine solche Entscheidung liegt aber bis jetzt noch keineswegs vor. Wie ich erfahre, hat der König es angemessen gefunden, vor Genehmigung der von dem Handelsminister vorgeschlagenen Maßregeln noch einen speziellen Bericht des Staatsministeriums einzufordern. Das Letztere wird nach Ankunft des Ministerpräsidenten den Gegenstand in Berathung nehmen, und erst dann wird ein entscheidender Beschluß positiver oder negativer Art zu erwarten sein. — Von Petersburg her wird gemeldet, das der Kaiser Alexander endlich in der Person des bisherigen Domänenministers Grafen Kisseleff einen Botschafter für den französischen Hof ernannt hat. Die bisherigen Zögerungen sollen weniger in einer zwischen den Regierungen Russlands und Frankreichs eingetretenen Eckaltung, als darin ihren Grund gehabt haben, daß Fürst Gortschakoff, der neu ernannte Minister für das Depar-

tement der auswärtigen Angelegenheiten (der am 8. d. wieder in Petersburg eingetroffen), Neigung hatte, sein mühevolltes Amt gegen den glänzenden Posten eines Botschafters in Paris zu vertauschen. Jetzt endlich soll, wie meine Quellen berichten, der Wille des Kaisers weitere Zögerungen abgeschnitten und die Wahl des Grafen Kisseleff entschieden haben.

[Die preussischen Versicherungsanstalten] machen noch immer die thaurige Erfahrung, daß zu wenig Gegenseitigkeit zwischen den deutschen Staaten stattfindet, indem die Liberalität, mit welcher unsere Regierung fremde Anstalten konzeffionirt, außerhalb Preußens keineswegs in der zu erwartenden Weise erwidert wird. Die fremden Behörden zeigen häufig nicht nur eine entschiedene Abneigung gegen die Zulassung preussischer Versicherungsanstalten, sondern schließen sogar bereits seit längerer Zeit aufgenommene wieder aus. So ist keiner der 17 Transport-Versicherungsanstalten der östlichen Provinzen Preußens der Zutritt in die östreichischen Länder gestattet, während seit längerer Zeit zwei Ersterer Gesellschaften in Preußen unbehindert ihre Geschäfte betreiben.

Aachen, 15. Juli. [Evangelischer Frauenverein.] Ihre Majestät die Königin haben geruht, den hiesigen evangelischen Frauenverein unter Allerhöchsthre Protektion zu nehmen. Es wurde dieser Verein vor sechs Jahren durch mehrere Damen der evangelischen Gemeinde hier zu dem Zwecke gegründet, durch Beschaffung von Arbeit, durch Armen- und Krankenpflege die Noth hilfsbedürftiger Gemeindeglieder lindern zu helfen. Ein besonderes Verdienst erwarb sich derselbe außerdem durch die Einrichtung und Unterhaltung einer Kleinkinderschule, so wie einer damit verbundenen Strick- und Nähschule, welche Anstalt bei der kürzlichen Anwesenheit Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin von Preußen und Prinzessin Louise durch Höflicheren Besuch beehrt wurde. Vor Kurzem nun wandten sich die Vorsteherinnen des Vereins an Ihre Majestät die Königin mit dem Gesuche, diesem Allerhöchsthre Protektion angeheihen lassen zu wollen, worauf dieselben durch das nachfolgende huldvolle Handschreiben beglückt wurden:

„Ich habe aus den mit Ihrem Schreiben vom 10. d. Mts. Mir ertheilten Nachrichten über die segensreiche Thätigkeit Ihres seit 1850 bestehenden evangelischen Frauenvereins mit der herzlichsten Anerkennung ersehen, wie angelegentlich Sie sich der armen Glieder Ihrer Gemeinde annehmen, um ihrer geistigen und leiblichen Noth abzuhelfen. Mit Vergnügen erfülle Ich daher auch Ihre Bitte, Ihren Verein unter Meine Protektion zu nehmen, überschicke Ihnen für denselben den hier beikomenden Beitrag, und verbleibe mit den besten Wünschen für den ferneren günstigen Fortgang Ihres schönen Unternehmens unter Gottes gnädigem Schutze, der Ihrem christlich liebevollen Wirken nicht fehlen wird, Ihre wohlgeleitete Elisabeth.

Sanssouci, 28. Juni 1856. (A. 3.)

Breslau, 16. Juli. [Die Studentenschaft.] Am verwichenen Freitag wurden die Verhandlungen wegen Bildung einer studentischen Körperschaft auf hiesiger Universität zu erwünschtem Abschluß gebracht. Es ist erfreulich, daß alle früheren Differenzen bezüglich der Funktionen des Ehrengeschiedsgerichts nunmehr zu allgemeiner Befriedigung ausgeglichen sind. Die Statuten für das Ehrengericht werden dem Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten zur Genehmigung eingereicht, während die Statuten für den Verwaltungsausschuß der allgemeinen Studentenschaft nur der Prüfung der akademischen Behörden unterliegen. Man glaubt, die beiderseitige Genehmigung in Kurzem erwarten zu dürfen, um alsdann die Wirksamkeit der erwählten Vorstände sofort ins Leben treten zu lassen. Wie wir hören, wollen die Mitglieder der Studentenschaft als allgemeines Abzeichen die Farben weiß-roth-gold annehmen und in den entsprechenden Formen öffentlich tragen. (Br. 3.)

Stettin, 15. Juli. [Die Frau Großherzogin Großfürstin von Sachsen-Weimar K. S.] nebst Gefolge traf heute Abend von Berlin ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem kommandirenden General v. Grabow, dem russischen Admiral Kolzajow, welcher von Swinemünde hierher gekommen war, und dem russ. Generalkonsul v. Schöler empfangen. Ihre K. S. fuhr in der bereitstehenden Equipage des kommandirenden Generals nach dem Hotel de Brusse und wird morgen früh mit der „Borussia“ nach Swinemünde fahren, woselbst die kais. russische Kriegsdampffregatte „Gremiasski“ unter dem Befehl des Admirals Kolzajow sie erwartet, und nach St. Petersburg führen wird. — Gefährt sind die Equipagen mit einem Theil der Dienerschaft des Fürsten Osterhaz, östreichischen Gesandten am russischen Hofe, hier eingetroffen, um am Sonnabend am Bord des „Wladimir“ nach Kronstadt bez. Petersburg eingeschifft zu werden. (Add. 3.)

Oestreich. Wien, 16. Juli. [Das Verhältnis zu Frankreich; der russ. Gesandte in Rom.] Bei dem Mangel politischer Thatsachen und Ereignisse ist es leicht erklärlich, daß man den horror vacui mit allerhand müßigen Erzählungen und Neußerungen, so gut es gehen will, auszufüllen sucht. So hat man plötzlich die merkwürdige Entdeckung gemacht, daß Frankreich, nachdem es sich der Anschauung Oestreichs in der Frage wegen der Union der Donaufürstenthümer angeschlossen, mit einem Male in das Lager der Gegenpartei übergetreten sei und mit ihr die Vereinigung der Moldau und Wallachei zur Devise genommen habe. Auch in der italienischen Frage soll neuerdings eine solche Trennung Frankreichs von Oestreich stattgefunden haben und zwischen beiden Kabinetten eine förmliche Eckaltung eingetreten sein. Aus bester Quelle kann ich versichern, daß an diesen Gerüchten auch nicht ein wahres Wort ist, daß sie vielmehr vollständig in das Gebiet der Fabel gehören. — Die Konzession für die Franz-Josephs-Dampfbahn ist, wie mir von unterrichteter Seite bestimmt mitgetheilt wird, bereits ertheilt und

man steht der Publikation derselben bereits in den nächsten Tagen entgegen. — Die Bemühungen des russischen Gesandten, Herrn v. Kisseleff, in Rom haben, nach Briefen von dort, ein günstigen Fortgang, um eine Ausgleichung aller schwebenden Differenzen zwischen dem kais. Cabinet in St. Petersburg und dem heiligen Stuhle in sichere Aussicht zu stellen. Was übrigens von dem Abschluß eines Kontraktats hin und wieder verlautet, mögen Sie als jedenfalls verkrüht betrachten. (B. B. 3.)

[Oestreich und Frankreich.] Das Dementi, welches der „Moniteur“ den Gerüchten von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Kaiser Franz Joseph und Louis Napoleon in so förmlich entschieden dener Form ertheilt hat, und die gleich Tags darauf folgende Note wegen des Konflikts zwischen Oestreichern und Franzosen in Giurgewo haben hier einen peinlichen Eindruck gemacht. Es wird hier sehr lebhaft besprochen, daß der „Moniteur“ behauptete, der in Giurgewo getödtete Soldat sei ganz unschuldig gewesen; das erscheint wie eine gefuchte Rücksichtslosigkeit gegen Oestreich, weil das Ergebnis der Untersuchung noch nicht bekannt ist. Der Grund zu einem solchen Verfahren ist vielleicht in dem Aerger zu suchen, den die Geschichte mit der fehlerhaften Zusammenkunft in Paris hervorgerufen hat. Um dies zu verstehen, muß man zuerst im Auge behalten, daß Louis Napoleon aus nahe liegenden Gründen viel daran liegt, mit den legitimen Monarchen Europa's auch in persönlichen Verkehr zu treten. Sind wir recht unterrichtet, so hatte übergroßer diplomatischer Eifer ihn zu dem Glauben gebracht, auch von Seiten Oestreichs wünsche man lebhaft eine Zusammenkunft. Bei näherem Eingehen ergab sich aber, daß dies gar nicht der Fall war; vielleicht erfolgte sogar eine wenigstens vorläufige Ablehnung in bestimmter Form. Der bedauerliche Vorfall in Giurgewo kam hinzu, und der Aerger fand seinen wenig verhüllten Ausdruck in den Worten des „Moniteur“. Es sind das einige der Misthüne, welche sich allgemach aus dem seltsamen Dreiklänge des Sonderbundes entwickeln. Hoffentlich werden sie dazu dienen, Oestreich zu zeigen, wie Frankreich in Wahrheit zu ihm steht. Die amtliche Wiener Zeitung theilt heute die Note des „Moniteur“ mit, in der bekanntlich erklärt wird, „der Soldat sei in Folge eines Vorfalls, den er nicht provoziert habe, von einem östreichischen Korporal getödtet worden“, in der ferner deutlich genug zu lesen ist: „Mittheilungen aus Wien und aus Bukarest versichern, daß rasche und strenge Justiz (d. h. gegen die schuldigen Oestreicher. D. R.) geübt werden wird.“ Und diese Erklärung benutzt die Wiener Zeitung noch als ein Schutzmittel gegen die Insinuationen anderer Blätter, indem sie folgendes daran knüpft: „Ist es billig und gewissenhaft, so darf man fragen, daß diese Note vor Augen, welche von einer Eddition (a été tué à la suite d'un incident) und einer noch schwebenden Untersuchung spricht, daß ihr gegenüber das „Journal des Débats“ und die „Independance Belge“ von dem vorliegenden Fall kurz und ohne Bedenken als meurtre und assassinat sprechen?“ Uns scheint es, als ob die erwähnten Blätter nur das deutlich ausgesprochen haben, was der Verfasser der Moniteur-Note in Gedanken gehabt hat.

Triest, 12. Juli. [Zur Marine.] Dem Vernehmen nach werden Sr. Maj. Fregatte „Venus“, Korvette „Diana“ und Brigg „Phylades“ nächstens hier eintreffen, um die Zöglinge der Marineakademie und die Marineschulkompagnie an Bord zu nehmen und mit ihnen die jährliche Instruktionsreise anzutreten. (E. 3.)

Schleswig. Kiel, 13. Juli. [Dänische Uebergriffe.] Als ein neuer Beleg der Danisirungsbestrebungen im Herzogthum Schleswig mag dienen, daß der Minister für Schleswig durch den Baron v. Plessen (Bruder des Barons v. Scheel-Plessen) in der deutschen Stadt Eckernförde, königl. Kommissär über einen Theil der adeligen Güter in Angeln, den Gutsobrigkeiten in dänischer Sprache im vorigen Monat einen Erlaß hat zugehen lassen, worin ihnen empfohlen und zur weitern Befehlsmachung an Unteroffizialen insinuiert wird, sich bei offiziellen Ausfertigungen in dänischer Sprache (die jedoch hier nicht vorkommen, weil Niemand dänisch versteht, viel weniger schreibt) der vom dänischen Generalstab für dessen militärische Karte von Schleswig adoptirten dänischen Version der bisherigen deutschen Ortsnamen ihres Distrikts zu bedienen. Das beigefügte Verzeichniß bringt solche Abweichungen von den deutschen Namen, welche die Ortschaften und Güter in allen offiziellen Urkunden, Steuerregistern, Matrikeln und Protokollen bisher geführt, daß selbige in der dänischen Version zum Theil nicht wiederzuerkennen sind. Man hat überdies in manchen Namen den Anfangs- oder Endsilben eine Bedeutung beigelegt, die sie nicht haben, weil die dänischen Militärs, welche sie gewählt, mit der angelsächsischen Sprache, aus der viele Namen stammen, nicht bekannt gewesen. Es verlautet, daß mehrere Gutsbesitzer dagegen protestiren wollen, da solche Veränderungen zu Verwechselungen führen, und sobald sie mit Zwang durchgeführt würden (was bisher zwar nicht verfügt ist, aber bald folgen dürfte), eine Verletzung der in der schleswigschen Verfassung gewährleisteten Rechte der deutschen Nationalität in sich schließen. Jedenfalls berührt die Vorschift auch die Interessen der als gemeinsame Korporation für Schleswig und Holstein anerkannten Ritterchaft. (A. 3.)

Kiel, 15. Juli. [Prozeß gegen den Minister v. Scheele.] Die bei dem Ober-Appellationsgerichte anhängige und auf den 4. August angelegte Sache des Präsidenten der holsteinischen Ständeversammlung wider den Minister v. Scheele ist von dem Advokaten Bargum als Anwalt des Letzteren auf vierzehn Tage ausgesetzt worden, so daß diese Sache erst am 18. August verhandelt werden wird. (S. 6.)

Großbritannien und Irland.

London, 15. Juli. [Die engl. Presse in der italien. Frage.] Der „Advertiser“ bedauert, daß gerade Lord J. Russell sich

zum Fürsprecher Italiens auftritt. Nie habe Lord John einen volkshämlichen Schritt gethan, wenn er selbst an der Spitze der Regierung stand oder einen Sitz im Kabinete einnahm. Wenn es ihm darum zu thun sei, der Nation einigen Glauben an seine Aufrichtigkeit einzutrichtern, so möge er seine italienische Rede mit einem bußfertigen peccavi beginnen und sich selbst „wegen des verberlichen Eifers anlagen, mit dem er in Wien für die Politik des Hauses Habsburg gewirkt hat.“ „Daily News“ und „Chronicle“ kommen Lord John mit einem grauenvollen Gemälde der absolutistischen Schreckenregierung in Italien zuvor und bezeichnen sie als „eine stehende Drohung gegen die Ruhe Europas“. Letztgenanntes Blatt erklärt außerdem in einem Nebenartikel, daß die Hoffnung Italiens auf Sand gebaut sei: „Rißt sich in der That hoffen, daß das britische Parlament irgend etwas thun kann, um die Lage der Eingekerkerten und Unterdrückten in Neapel, Parma und im Kirchenstaate im Geringsten zu erleichtern? Wir wissen doch bei uns zu Hause, mit welcher Verachtung die Minister, obgleich sie in der Atmosphäre einer öffentlichen Meinung leben, den schärfsten Tadel hinnehmen, wenn ihm kein förmliches Votum Nachdruck verleiht. Welche Aussicht ist daher vorhanden, daß die Herrscher Italiens durch eine „Resolution“ des englischen Hauses der Gemeinen sich bestimmen lassen werden, wenn hinter der Resolution nicht eine Flotte steht?“ Wie man hört, ist die Regierung seit mehreren Tagen im Besitz der Antwort des Königs von Neapel. Dieses Handschreiben soll kurzgefaßt und hochmüthig sein, indem der König fremden Mächten einfach das Recht abstreitet, sich in die inneren Angelegenheiten seines Staates einzumischen. Die „Times“ bemerkt in einem Artikel über die italienische Frage u. A.: „England hat seine Allianz mit Frankreich als eine Liga zu mehr als einer bloßen Befreiung Konstantinopels aufgefaßt. Es ist nicht zu viel gesagt, daß in diesem Augenblicke die Lage Italiens, nächst unseren heimischen Angelegenheiten, die Frage ist, welche das englische Volk am tiefsten interessiert. Wir dürfen daher, nicht aus müßiger Neugier, noch aus bloßer Neugier, sondern im tiefsten Bewußtsein, daß eine große Stunde geschlagen hat, uns erkundigen, welchen Beistand die britischen Vertreter der Sache leisten, die ihren Landsleuten so sehr am Herzen liegt? Wir wünschen keineswegs aus unseren Ministern an fremden Höfen Eindringlinge und Demagogen zu machen, aber Manches könnten sie sicherlich thun, ohne den Rechten der Herrscher, bei denen sie beglaubigt sind, zu nahe zu treten.“

[Heerschau.] Die Königin hielt gestern zu Woolwich eine Heerschau über die aus der Krimm zurückgekehrte reitende und Fußartillerie, im Ganzen über 3500 Mann, 2450 Pferde und 92 Kanonen, ab. S. S. R. Hofeitel Prinz Albert, der Prinz und die Prinzessin von Preußen, die Prinzessin Louise von Preußen und der Herzog von Cambridge, so wie General Williams, wohnen dem militärischen Schauspiel bei.

[Einer Depesche] vom Kontradmiraal Stoppord aus Malta, 8. Juli, zufolge hat der Transportdampfer „Spartan“ am südwestlichen Ende der Rhoifelsen, an der Küste der Berberei, Schiffbruch gelitten. Mannschaft und Truppen, nebst einer Dame und einem Kind (zusammen über 800 Seelen) retteten sich auf eine kleine Felseninsel, wo sie an Wassermangel litten. Zum Glück wurde das Transportschiff „Edita“ zufällig ihre Lage gewahr, weshalb die Schiffbrüchigen mit Lebensmitteln und, da es ihm an Raum zu ihrer Aufnahme fehlte, meldete es ihre Noth nach Malta, von wo Admiral Stoppord drei Dampfer ausandte, um die Verunglückten sammt Bagage abzuholen.

[Die Nachrichten vom Cap] reichen bis zum 7. Mai und geben folgende Aufklärung über die fortwährend anhaltenden Besorgnisse vor Feindseligkeiten. Der Gouverneur, Sir Georg Grey, hatte vom Präsidenten des jetzt freien Staates die Mittheilung erhalten, er sei im Begriffe mit bewaffneter Macht auszugehen, um einen räuberischen Hauptling, den Bundesgenossen des Basutah-Volkes, der bei Viehdiebstählen befaßt ist, zu züchtigen. Derselbe setzte sich in Verteidigungszustand und habe von einem der Anverwandten der Basutah-Häuptlinge, welcher Letztere vergebens gewarnt hatte, Beistand zugesagt erhalten. Es sei nun zu besorgen, daß sich ihm andere Stämme anschließen, und die Erhebung eine allgemeine werde. Der Präsident erbittet sich nun Beistand vom Gouverneur, dieser hat seinerseits die Angelegenheit dem Parlament vorgelegt und vorschickshalber wurden einstweilen alle verwendbaren Truppen (500 Mann) nach East London abgeschickt, gleichzeitig auch der Gouverneur von Mauritius ersucht, ein Regiment Infanterie herzubringen. Man ist auf dem Cap über die Entwicklung nicht wenig besorgt, da man weiß, daß die Basutahs 10—12,000 tüchtige kampffähige Leute ins Feld stellen können.

[Schlägerei.] Die Untersuchung über die irische Milizmeuterei ist im Gange. Unterdeß hat schon wieder eine irische politische Civilschlägerei mit Schelaghags (einer erschrecklichen Gattung Ziegenhainer) stattgefunden und, trotz kräftigen Einschreitens der Polizei, ein Duzend Leute schwer verwundet niedergestreckt.

[Parlament.] Zu der gestrigen Oberhaus-Sitzung lenkte Lord Lyndhurst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Angelegenheiten Italiens. Er erinnert zuvörderst daran, daß nicht nur jenes Land, sondern auch die Donaufürstenthümer die Wirkungen einer österreichischen Militär-Okkupation erlebt hätten. Auf dem Wiener Kongresse seien die Grenzen der österreichischen Macht genau definiert worden, und trotzdem habe von Zeit zu Zeit eine Ueberschreitung dieser Grenzen stattgefunden. Auf die Frage, inwiefern die österreichische Okkupation in Italien gerechtfertigt sei, wolle er nicht eingehen; allein er behaupte, daß von der Zeit an, wo die Oesterreicher vor sieben Jahren über die Grenze gegangen seien, sie das Land im Belagerungszustande und unter der Herrschaft des Kriegesgesetzes gehalten hätten. Man werde diesem Zustande der Dinge ein Ende gemacht werden? Die Antwort der östr. Regierung auf diese Frage laute dahin, daß die Oesterreicher das fremde Gebiet verlassen würden, so bald sie das ohne Gefahr einer Insurrektion thun könnten. Nun habe aber gerade die Art, wie Oesterreich die militärische Herrschaft über das Land ausübe, die Wirkung, Unzufriedenheit, Ruhestörungen und möglicherweise Insurrektion in Italien hervorzurufen. Der müsse in der That ein leichtgläubiger Mann sein, der da annehme, daß Oesterreich entweder aus Gerechtigkeitsgefühl, oder wegen Ungelegenheiten, welche die östr. Regierung selbst verursache, den Besitz der okkupirten Gegenden freiwillig aufgeben werde. Vielleicht aber werde es dem Drucke Frankreichs und Englands weichen, wenn diese gemeinsam handelten. Er hätte gehofft, daß dieser Druck schon früher so ausgeübt worden wäre, daß er das erstrebte Ziel erreicht hätte. Von Anwendung der Waffengewalt spreche er nicht, sondern von einem moralischen Einflusse, den Frankreich und England gemeinsam ausüben könnten. Was die neapolitanische Regierung angehe, so sei dieselbe so schlecht wie möglich. Es erhele das nicht nur aus der wohlbekannten Flugchrift Gladstones, sondern auch aus dem neulichen politischen Prozesse, in welchem jeder Grundsatz der Gerechtigkeit verletzt worden sei. Es gebe kein Land auf der Welt, welches der Macht Englands in höherem Grade zugänglich sei, als das Königreich der beiden Sizilien, und wenn der König dieses Staates der Macht Englands getrotzt habe, so vermöge er sich das nicht anders zu erklären, als durch eine Launigkeit, die Frankreich in Bezug auf eine Cooperation mit England bewiesen haben müsse. Den schlagendsten Be-

genßatz zu Neapel biete das Königreich Sardinien, dem es unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen sei, durch Festigkeit, Muth, Beharrlichkeit, Mäßigung und Weisheit eine freie Verfassung zu Stande zu bringen. Auf diese Verfassung, für deren Aufrechterhaltung England hoffentlich nach Kräften Sorge tragen werde, blicke Oesterreich mit Argwohn und Haß, da sie seiner Ansicht nach ganz Italien ein höchst gefährliches Beispiel gebe. Deshalb werde Oesterreich sich auch nach Kräften bemühen, sie zu untergraben. Die große Masse der verständigen Männer in ganz Italien seien in ihren Ansichten sehr gemäßig, und es sei ihnen keineswegs um eine Veränderung der Grenzen der verschiedenen Regierungen zu thun. Was sie verlangten, und zwar mit Recht verlangten, sei eine unparteiische Rechtspflege und eine feste, einsichtsvolle und ehrliche Verwaltung ihrer Civilangelegenheiten. Wenn man ihnen das gebe, so werde die große Mehrheit des italienischen Volkes zufrieden gestellt sein. Es gebe nur einen einzigen Weg zur Erzielung der Unabhängigkeit Italiens, und dieser bestעה in der herzlichen Eintracht und dem innigen Zusammenwirken Englands und Frankreichs. Hoffentlich werde der Staatssekretär des Auswärtigen erklären, daß Italien in dieser Hinsicht erfreuliche Hoffnungen hegen dürfe. Oesterreich habe nur eine einzige Regel für seine Regierungsweise, nämlich die Ausübung von Zwang und Gewalt. Es handle nach dem Grundsatz, daß das Volk um der Regierung willen, keineswegs aber die Regierung um des Volkes willen vorhanden sei. Es dürfe aber nicht gebuldet werden, daß ein solches sich auf die Macht der Babonnette stützendes System in einem fremden Lande bestעה. Der Carl von Clarendon macht darauf aufmerksam, daß die italienische Frage eine sehr vorsichtige Behandlung erheische. Eine Vorlegung der betreffenden Papiere sei nicht statthaft, da die Korrespondenz noch unvollständig sei und ihre Veröffentlichung unter den obwaltenden Verhältnissen den Italienern eher schaden als nützen werde. Eine gewaltsame Reform Italiens gehe nicht an. Man müsse sich vielmehr bestreben, zu einem Abkommen mit jenen Regierungen zu gelangen, von welchen die vorzunehmenden Verbesserungen ausgehen müßten. Ohne Zweifel seien die schreiendsten Mißbräuche vorhanden, die bis zu einem gewissen Grade die italienische Gesellschaft verdorben und herabgewürdigt hätten. Allein diesen lasse sich nur durch die italienischen Regierungen, nicht durch auswärtigen Druck abhelfen. Die englische Regierung hoffe, das italienische Volk sei zu scharfsichtig und habe zu viele Erfahrungen in Bezug auf Revolutionen gemacht, als daß es die Revolution als Mittel zu seiner Befreiung wählen sollte. Es würde ungerecht und grausam von Seiten der Regierung Ihrer Majestät sein, in den Italienern Hoffnungen zu erregen, welche zu verwirklichen sie nicht im Stande wäre. Die Vorstellungen, welche er der neapolitanischen Regierung gemacht habe, seien in freundschaftlichem Geiste gehalten. Er habe die Gründe auseinandergesetzt, weshalb er glaube, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge gefährlich für die Sicherheit des Thrones und für die Ruhe des Volkes sei, und habe unter Anderen den Rath ertheilt, man möge allen Personen, gleichviel, was für politische Ansichten sie hätten, Sicherheit für ihre persönliche Freiheit gewähren. Eine Antwort auf diese Vorstellungen sei in voriger Woche eingetroffen; da er jedoch noch nicht die Gelegenheit gehabt habe, sich mit dem Kaiser der Franzosen darüber zu benehmen, so halte er es nicht für wünschenswerth, sie dem Hause vorzulegen. Eine weniger befriedigende Antwort lasse sich jedoch nicht denken. Was die im Kirchenstaate vorzunehmenden Reformen und die Zurückziehung der Okkupationstruppen aus dem päpstlichen Gebiete betreffe, so sei dieser Gegenstand den hauptsächlich dabei beteiligten Mächten aufs Dringendste nahegelegt worden. Leider habe man nie das geringste Vertrauen zu dem italienischen Volke an den Tag gelegt, und die bisher besorgte Politik habe sich stets auf die Furcht vor Revolutionen gestützt, ohne daß man Schritte gethan habe, um sich zu vergewissern, ob eine solche Furcht auch wirklich begründet sei. Schließlich wolle er nur noch bemerken, daß der englischen Regierung die Verbesserung der italienischen Zustände ebenso sehr am Herzen liege, wie dem englischen Volke, und daß sie Alles aufbieten werde, um auf wohlthätige Reformen in Italien hinzuwirken. Der Marquis von Clanricarde bemerkt, aus den Aeußerungen Lord Clarendon's gehe hervor, daß Neapel seine unbedingte Unabhängigkeit geltend gemacht, und den Versuch der englischen Regierung, sich in seine Angelegenheiten zu mischen, verächtlich zurückgewiesen habe. Er vermöge deshalb nicht zu begreifen, weshalb der Staatssekretär des Auswärtigen sich weigere, das Haus in Besitz der stattgehabten Korrespondenz zu setzen. Wenn man diese Korrespondenz veröffentlichen, so werde sich die Macht der öffentlichen Meinung geltend machen. Der Marquis von Lansdowne sagt, wenn man sie zur Gewalt schreiten wolle, um den Uebeln, an welchen Italien krankte, abzuhelfen, so dürfe das nur im äußersten Nothfalle geschehen, und wenn man die vollste Ueberzeugung habe, daß man dabei durchaus im Rechte sei. Ganz besonders müsse man sich vor einem Einschreiten zu einer Zeit hüten, wo das Haus der Lords und das englische Volk die Einmischung anderer Staaten in die italienischen Angelegenheiten so scharf rüge. — Die schottische Schulbill wird hierauf im Komitee erörtert und auf Antrag des Herzogs von Buccleuch die Beschlaffung von Art. 12, welcher verfügt, daß kein Volksschullehrer, um zur Ausübung seines Berufes befugt zu sein, gehalten ist, ein bestimmtes Glaubensbekenntniß zu unterschreiben, mit 50 gegen 20 Stimmen beschlossen. Die Regierung bleibt durch diese Abstimmung mit 30 Stimmen in der Minorität.

[Unterhaus-Sitzung.] Lord J. Russell beantragte in der gestrigen Sitzung die Vorlegung von Korrespondenzen zwischen der englischen Regierung und den Regierungen Oesterreichs, Roms und des Königreichs beider Sizilien über die Angelegenheiten Italiens. Er erklärt, er habe gar nicht die Absicht, das Benehmen der englischen Regierung irgendwie zu tadeln oder auf keinem Antrage zu bestehen, wenn derselbe das Staatswohl auf irgend eine Weise beeinträchtigen sollte. Da aber seit der Adressdebatte bei Gelegenheit des Friedensvertrages keine Diskussion über Italien stattgefunden habe, so sei der unmittelbare Zweck seines Antrages der, zu erfahren, was für Schritte in Folge der auf den Pariser Konferenzen stattgehabten Besprechung der italienischen Frage gethan worden seien, und was die englische Regierung zu thun gedente, falls keine befriedigenden Antworten auf die Vorstellungen Ihrer Majestät und des Kaisers der Franzosen erfolgt sein sollten. Ganz besonders beziehe sich seine Frage auf die Okkupation italienischer Gebietstheile durch fremde Truppen. Entweder sei die Regierung der besetzten Landstriche gut, und dann brauche man keine fremden Truppen, oder sei sie schlecht, und wenn diese schlechte Regierung seit sieben Jahren un verändert fortbestanden habe, welche Aussicht auf Beendigung der Okkupation sei dann vorhanden? Die Behauptung, daß die Fortdauer der Okkupation nöthig sei, um eine mißliebige Regierung zu stützen, sei geeignet, den Gefühlen des Mißmuths neue Nahrung zu geben und sie nicht aussterben zu lassen. Wegen ihrer Stellung zu Sardinien sei es eine Ehrensache für England und Frankreich, Italien nicht im Stich zu lassen. Er rathe keineswegs zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Nationen, sondern er spreche nur von einer an Oesterreich abzugebenden Erklärung, daß ihm eine solche Einmischung nicht länger gefaßt sein solle. Was die Säkularisation des Kirchenstaates betreffe, so wolle er herartige Fragen gern dem römischen Volke selbst überlassen. Das Königreich beider Sizilien anlangend, sei das Benehmen Englands seit dem Wiener Vertrage von 1815 von der Art gewesen, daß England das Vertrauen des neapolitanischen Volkes verwirrt habe, und es sei jetzt seine Pflicht, in Gemeinschaft mit Frankreich auf Mittel zu finden, dieses Vertrauen wieder zu erwerben. England sei verpflichtet, auf jede Gefahr hin den König von Sardinien zu unterstützen, und er glaube,

daß, wenn die feierliche Erklärung erfolgte, daß mit einem bestimmten Tage die Okkupation Italiens durch fremde Truppen aufhören solle, es nicht schwer halten würde, dieses Ziel zu erreichen. Man fürtere allerdings davon, daß die französische Regierung nicht entschlossen sei, hinfür gegen die Okkupation Italiens durch fremde Truppen zu protestiren; allein, daß dies wirklich der Fall sein sollte, halte er für unmöglich. Seines Erachtens habe das Parlament ein Recht, von der Regierung noch in dieser Session die Erklärung zu verlangen, entweder, daß sie nicht bereit sei, in Bezug auf die Einmischung in die italienischen Angelegenheiten weiter zu gehen, als bisher, oder daß sie entschlossen sei, durch alle ihr geeignet dünkenden Mittel die Unabhängigkeit der italienischen Staaten zu erzielen. Lord Palmerston meint, das Haus könnte sich nicht darüber wundern, daß Lord J. Russell vor Schluß der Session diesen Gegenstand, dessen Wichtigkeit sich nicht überschätzen lasse, in Anregung gebracht habe. Die Befreiung der römischen Staaten habe natürlich die Aufmerksamkeit der auf den Pariser Konferenzen versammelten Diplomaten in Anspruch genommen, und der Kaiser der Franzosen habe durch den Grafen Walewski den Wunsch ausgedrückt, daß sie aufhören möge, wenn man die Einwilligung Oesterreichs dazu erlangen könne. Der Vertreter Oesterreichs jedoch habe jene Einwilligung als durchaus unwahrscheinlich dargestellt. Das Haus werde einsehen, daß er bei dem gegenwärtigen Stande der Unterhandlungen nicht wohl angeben könne, was für Schritte die englische Regierung zu thun gedente. Wenn man seine Schlüsse auf allgemeine Prinzipien baue, daß eine Regierung, wie die des Papstes, der seine wohlwollenden Absichten und aufgeklärten Ideen in dem bekannten Motu proprio kund gegeben habe, die Sache so einzurichten wissen werde, daß die Ursachen des Mißvergnügens verschwinden und die fremden Truppen entfernt werden können. Das Aufhören der fremden Okkupation Italiens und die Verhinderung ähnlicher Okkupationen für die Zukunft sei nach Ansicht der englischen Regierung ein Gegenstand von europäischem Interesse. Was Neapel betreffe, so thue es ihm leid, daß die Vorstellungen Englands und Frankreichs bis jetzt nichts gefruchtet hätten. Wenn nun Ruhestörungen in neapolitanischen Gebiete ausbrächen, so würde der König beider Sizilien natürlich den Beistand Oesterreichs nachsuchen, und daraus würden Verwickelungen entspringen, die den Frieden Europas gefährdeten. Schon das sei ein Grund für England und Frankreich, sich nach Kräften zu bestreben, einem solchen Vorkommniß vorzubeugen. Vielleicht bliebe die neapolitanische Regierung mit einem gewissen Argwohn auf die Rathschläge Englands und Frankreichs. Allein er verzweifle nicht daran, daß von anderer Seite kommende Rathschläge eine bessere Wirkung ausüben würden. In einem Punkte stimme er ganz mit Lord J. Russell überein, darin nämlich, daß der König von Sardinien vollen Anspruch auf den Schutz Englands und Frankreichs gegen jeden unprovokirten Angriff habe. In die verlangte Vorlegung der Papiere könne er nicht willigen, da die Korrespondenz noch nicht beendigt sei. Die von Lord J. Russell so schön entwickelten edlen Ansichten wisse er vollkommen zu würdigen. Doch müsse die Regierung sich das Recht vorbehalten, den erstrebten gemeinsamen Zweck in der ihr am besten dünkenden Weise zu verfolgen, und er hoffe, daß Lord J. Russell sich an dieser Erklärung genügen lassen werde. Disraeli begreift nicht, was die Regierung gethan habe, oder zu thun beabsichtigen könne, um die in den Pariser Protokollen niedergelegten Erklärungen zu rechtfertigen. Es sei so unpolitisch wie möglich gewesen, die italienische Frage auf den Konferenzen zu berühren und in die Protokolle aufzunehmen, wenn man weiter nichts habe thun wollen, als was auf gewöhnlichem diplomatischem Wege ganz ohne dieses pomphafte Gebahren hätte gethan werden können. Es sei nicht Sache des Hauses der Gemeinen, sich auf Diskussionen über auswärtige Politik einzulassen, es müßte denn die Politik der Regierung verdammen oder gutheißen wollen. Es könne aber weder das Eine noch das Andere thun, ehe es wisse, worin diese Politik bestehe. Aus der Rede Lord Palmerston's schöpfe er die beruhigende Versicherung, daß die englische Regierung trotz aller großtönenden Redensarten fest entschlossen sei, in der italienischen Frage nichts zu thun, und er glaube, von der französischen Regierung das Gleiche sagen zu dürfen. Er hoffe, das Haus werde keinerlei Einmischung in die italienischen Angelegenheiten gut heißen, möge dieselbe nun auf dem Wege der Gewalt erfolgen oder dadurch, daß man die Verfassungen des italienischen Volkes aufstaele. — Der Antrag Lord J. Russells wird schließlich ohne Abstimmung verworfen.

Frankreich.

Paris, 15. Juli. [Die Fusion; Spaniens Lage; italienische Ansichten.] General Trezel, der letzte Kriegsminister Ludwig Philipp's und Erzieher des Grafen von Paris, hat in Folge des bekannten Briefes an Hrn. Roger du Nord seine Entlassung eingereicht. (Die Echtheit des Briefes wird ja aber bestritten!) Trezel wird durch den Brigadegeneral Dolencour, einen alten Freund der Herzogin von Orleans, ersetzt werden. Der Graf von Paris wird eine Reise durch Europa machen, da seine Mutter, die Herzogin, ihn den verschiedenen Höfen vorzustellen wünscht. Die Fusionisten sind in großer Aufregung, da sie fühlen, daß dem energischen Charakter der Herzogin gegenüber nicht viel für sie auszurichten ist. Der Prinz von Joinville hat einen Brief hierher geschrieben, worin er von dem schlechten „Debut“ seines Neffen spricht. Guizot ist unter den Koryphäen der Fusion am schmerzlichsten durch diese neue Niederlage betroffen. Natürlich schiebt man die Schuld auf Thiers. — Die Ministerkrise in Spanien hat hier nicht überrascht. Nach den Mittheilungen, welche man über die jüngsten Ereignisse in Valladolid hierher geschickt hat, und nach den Deutungen, welche dieselben in Spanien erfahren, schloß man, daß auch über das Verfahren verschiedene Ansichten in der Regierung sich geltend machen müssen. Es wird hier nicht bezweifelt, daß Spartero Herr der Situation bleiben wird, und man glaubt auch, daß O'Donnell den Conseilpräsidenten nicht verlassen werde. (Das hat sich für jetzt wenigstens nicht bestätigt. D. Red.) — Wir haben heute den Brief eines sehr hochgestellten Mannes aus Turin gelesen, worin man die geringen Hoffnungen nicht verheimlicht, die man sich von dem Bestande der Bestmächte macht. „Die sardinische Regierung“, sagt der Brief, „kann sich darum nicht beirren lassen; sie muß in ihrer Politik fortfahren, die Fahne Italiens muß obenauf bleiben. Sardinien muß die italienischen Interessen vertheidigen auf seine eigene Gefahr, aber auch in seinem eigenen Interesse.“ (R. 3.)

[Der Verein zur Förderung geistlicher Schulen im Orient.] dessen Bildung wir früher erwähnten, hat den Marschall Bosquet zum Ehrenpräsidenten, den Viceadmiral Mathieu zum wirklichen Präsidenten ernannt. Die bis jetzt zugesprochenen Geldbeiträge haben den Verein in den Stand gesetzt, eine Normalschule in Beirut zu gründen, welche als Pflanzschule für Lehrer im Libanon dienen soll.

[Der gesetzgebende Körper.] Die Regierung hat in den Departements, wo man bereits in Erwartung bald bevorstehender Deputirtenwahlen sich zu rühren begann, durch die Lokalblätter bekannt machen lassen, daß sie den gesetzgebenden Körper verfassungsmäßig seine parlamentarische Periode vollenden lassen werde. Es heißt in dem betreffenden Artikel: „Es ist ein großer Irrthum, wenn man wähnt, daß der Kaiser und seine Minister die in Bezug auf spezielle Fragen von einem mehr oder minder bedeutenden Theile des gesetzgebenden Körpers angenommene Haltung mißfällig wahrnehmen. Diese Haltung bekundet bloß die Unabhängigkeit der berathschlagenden Versammlungen und macht folglich ihre Mitwirkung um so nützlicher.“ Aus dieser Erklärung scheint hervorzugehen, daß man von Seiten der Regierung seiner Zeit die Kandidaturen des Herrn von Montalembert und der wenigen anderen Deputirten, die sich durch oppositionelle Haltung auszeichneten, nicht zu bekämpfen gesonnen ist.

[Staats-einkünfte.] Nach einer heute veröffentlichten amtlichen Uebersicht der indirekten Staats-einkünfte in den ersten sechs Monaten d. J. belaufen sich dieselben auf 499,732,000 Fr., was eine Zunahme von 56,770,000 Fr. gegen das J. 1855 und von 94,940,000 Fr. gegen das J. 1854 ergibt. Die Einschreibebühren ergaben 145 Mill., die Auflagen auf Getränke 67 Mill. (16 Mill. Zunahme). Auch auf die

inländische Zuckerfabrikation nahm die Einnahme um 10, und auf Zaba-
verkauf um 5 Mill. zu; dagegen trug der Zoll auf eingeführten fremden
Zucker 5 Mill. weniger ein.

[Madagascar.] Es ist bekannt, sagt der „Moniteur de la
Flotte“, daß die französische Besetzung Nossi-Bé auf Madagascar trotz
ihrer Schöen und den Bodenerzeugnissen bot. Diese Hindernisse
wurden von der Kolonialverwaltung ernstlich bekämpft. Dank den aus-
geführten Arbeiten hat das Klima des Landes sich wesentlich gebessert,
so daß das Detachement der Marine-Infanterie, welches 14 Monate dort
garnisoniert hatte, sich, ohne Einen Mann verloren zu haben, nach der
Reunioninsel einschiffen konnte. Es ist dies ein in den Kolonieannalen
noch nicht vorgekommenes Ereigniß und ein abermaliger Beweis, daß
durch wohlgetroffene und angewendete Mittel der Aufenthalt auf allen
Inseln des indischen Meeres gesund gemacht werden kann.

[Statistik.] Die „Revue municipale“ veröffentlicht über die
Stadt Paris aus den verlässigsten Quellen geschöpfte statistische Angaben,
welchen wir nachstehendes entnehmen: Paris nimmt eine Oberfläche von
3402 Hektaren 56 Aren 0,7 Centiaren oder 34,025,607 Quadratmetres
und 24,809 Umfangmetres ein. Die Oberfläche innerhalb der Festungs-
werke ist 257,558,000 Metres, jene des ganzen Seinedepartements ist
475,800,000 Metres. Die Länge der 1474 Pariser öffentlichen Wege
beträgt 384,665 Metres; sie bestehen aus 27 Avenuen von 11,190 Me-
tres, 24 Boulevards von 15,595 Metres, 44 Umfangwegen (welche
innerhalb der Umfassungmauern um die Stadt laufen) von 19,379 Metres,
84 Sauggassen von 4714 Metres, 91 Plätzen und Kreuzwegen von 6814
Metres, 36 Quais von 23,177 Metres und endlich 1168 Straßen von
303,796 Metres. Diese öffentlichen Wege nehmen eine Oberfläche von
5,462,000 Metres ein, wovon 3,100,000 Metres gepflastert, 810,000
Metres macadamisiert, 1,305,000 Metres teilweise mit Kies bestreut und 247,000
Metres der Unterhaltung der Privaten überlassen sind (Trotoirs etc.).
Die Fußgänger zirkulieren auf einer Ausdehnung von 1,038,000 Metres
Trotoirs, wovon die Stadt 954,000 Metres unterhält. Die Gasröhren
haben eine Länge von 485,000 Metres, und 13,063 Laternenpfähle oder
Arme tragen eben so viel Apparate der öffentlichen Beleuchtung. Das
Wasser, welches in Paris vertheilt wird, kommt von der Seine, der
Durcq, von Arcueil, Grenelle und den Nordquellen her; es genügt dem
öffentlichen und Privatbedürfnisse mittelst 33 monumentaler Fontainen,
69 Pumpbrunnen, 1779 kleiner lauffender Brunnen, 105 Wassermün-
dungen unter dem Troit der Straßen, 111 Schläuche zum Begießen
der Straßen und 58 Feuerschläuche. Außerdem zählt man 13 Wasser-
verkaufbrunnen, 157 Wasserfontänen für den Staat, 3 für das De-
partement, 223 in den Municipaletablissemens und 7388 in Privathäu-
sern. Die Abzugskanäle in Paris haben eine Länge von 160,000 Me-
tres; die Totallänge der verschiedenen unterirdischen Kanäle beträgt
978,000 Metres. Der große Abzugskanal der Rivolistraße ist 2 M. 40
breit und 2 M. 55 hoch. Die Totallänge der Anpflanzungen ist 78,515
Metres, bei 2,760,259 M. Oberfläche. Sie schließen 57,134 Bäume
ein, wovon 22,642 auf das linke, 29,536 auf das rechte Ufer, 3826
auf die Kirchhöfe und 1130 auf die Schulen treffen. Endlich verbinden
22 Brücken die beiden Theile der Stadt.

[Schmeicheleien des Senats; die Denksäule Na-
poleons; Stellenjäger.] Wer jemals seinen Tacitus nur einiger-
maßen auf den ehrwürdigen Bänken der Sekunda eines Gymnasiums zu
traktieren lernte und sich erinnert, mit welcher entscheidenden Prägnanz
derselbe die erniedrigenden Kriechereien und Schmeicheleien des römischen
Senats gegen die Kaiser dem Leser vor Augen führt, der wird sich in-
mitten der damaligen Zeit versezt finden, wenn er die überschwenglichen
Lobhudeleien des französischen Senats zu lesen bekommt. Was im Fache
der friedlichsten Schmeichelei geleistet werden kann, hat der offizielle
Pfalmodist Tropin in unzähligen Reden, Berichten etc. geleistet. Eins
der würdigsten Seitenstücke zu seiner Verebbarkeit ist der Vorschlag des
Senators und Barons Charles Dupin zur Errichtung einer Denksäule
für den Kaiser und die Armee. Sie soll als Pendant der Vendomesäule
die zweite „Trajanssäule“ Frankreichs sein, bestimmet die Siege der neuen
großen Armee und das Genie des neuen Napoleon zu vereinen. Es
versteht sich dabei von selbst, daß der Senat, der berufen ist, den großen
allgemeinen Interessen Ausdruck zu leihen, die Art der Ausführung der
Denksäule und des leitenden Gedankens dem Kaiser ehrerbietigst und sub-
missivst anheimstellt, dessen hohe Weisheit Paris mit einer magischen
Schnelle umgestaltet durch Werke, in denen Schönheit und Nützlichkeit
mit der Erhabenheit wetteifern. Der ganze Erguß senatorischer kind-
licher Liebe und kniebeugender Bewunderung ist in der That rüh-
rend, und verdient bei einer neuen Ausgabe der Annalen des Ta-
citus als Parallele zu einer Note gebracht zu werden. — Die
Bewerbungen um die Stelle des kaum beerdigten Unterrichtsministers
Fortoul nehmen kein Ende, ja die Aspiranten für den noch nicht einmal
todten, geschweige denn bereits begrabenen Grafen d'Argout sind schon
jetzt kaum zu zählen. Die Stellenjägeri wird hier kaum großartiger
betrieben wie der Börsenschwindel, und während durch diesen alle Welt
mit einem Schlage zum Millionär werden will, will halb Paris an-
derentheils auf der Regierungsbühne grafen, oder, wenn man das Bild
der Stallfütterung vorzieht, einen bequemen und einträglichsten Platz an
der Regierungskrippe haben. Kein anderes Land ist in eigentlichen Kern
und Wesen bürokratischer gesinnt als Frankreich, ein Hauptgrund, wes-
halb es ihm bei allen seinen verschiedenen Staatsumwälzungen nie ein-
gefallen ist, nach dem wahren Pfeiler bürgerlicher Freiheit, der Selbst-
verwaltung im Gemeinleben, auch nur die Hand auszustrecken. Dar-
um ist Frankreich ein so prächtiger Zeig, um die fabelhaftesten Centrali-
sationsgebilde daraus zu kneten, wie geschaffen für Experimentallstudien
des großen Genies, der als Neffe noch größer ist, als sein Vorbild als
Onkel war. Dieu protégé la France! (S. B. 3.)

Marseille, 15. Juli. [Tel. Dep. aus Konstantinopel.]
Es wird die Ankunft des „Sinai“ mit Nachrichten aus Konstantinopel
vom 7. Juli gemeldet. Die Abberufung der Hospodaren der Moldau und
der Walachei und deren Ersetzung durch bloße Verweser (Kaimakams)
bestätigt sich, doch sind die Personen zu letztem Posten noch nicht ernannt.
Das „Journ. de Constantinople“ bestätigt gleichfalls, daß die durch den
Pariser Kongreß gezogene bessarabische Grenzlinie als von der Kommission
untauglich erkannt und den kontrahirenden Mächten zwei andere Grenz-
linien vorgelegt worden seien. Der Sultan hat zur Aufnahme des Mars-
schalls Pelissier und des Generals Godrington während ihres Aufenthalts
in Konstantinopel zwei Paläste und prachtvolle Equipagen herrichten las-
sen. Der Großvezir wird den Gästen ein großes Bankett veranstalten.
Admiral Archowart war bereits am 7. Juli in Konstantinopel eingetroffen.
Bis zum 31. sollte die Räumung der Türkei vollständig beendet sein.
Die Bashi-Bosuks, die in Schumla lagen, sind entlassen worden und
General Smith ist nach Konstantinopel zurückgekehrt. In Kurdistan
herrscht Hungerstoth; auch eine Viehseuche verheert das unglückliche Land.

Niederlande.

Gravenhaag, 13. Juli. [Bürgermeister Boot; Ministe-
rium.] Der dieser Tage hier anwesende Bürgermeister Boot soll die
Entlassung von seinem Posten nachgesucht haben. — Dem „Handelsblad“
wird von hier aus geschrieben, daß das Ministerium des katholischen
Kultus abermals verschiedenen Personen, jedoch erfolglos, angeboten
worden sei, und daß man sich jetzt Mühe gebe, den bisherigen Minister
Mutsaers zu verdrängen, daß er den Posten beibehalte. Sollte auch dieser
Versuch fehlschlagen, so gehe man angeblich damit um, das Ministerium
des katholischen Kultus vorläufig als solches eingehen zu lassen und die
Geschäfte desselben dem Minister des Auswärtigen zuzuthelen, unter
dessen Verantwortlichkeit dann der gegenwärtige Generalsekretär Willems-
senen Leitung befohlen würde.

Schweiz.

Bern, 14. Juli. [Aus dem Nationalrathe.] In der heu-
tigen Sitzung des Nationalraths schritt die Versammlung zur Beratung
der Zollmodifikation auf Eisen. Bundesrath und Kommission beantragten
einstimmig die Festsetzung einer einheitlichen Tare von 1 Franken per
Zentner für alles geschmiedete, gezogene und gewalzte Eisen, ohne Rück-
sicht auf dessen Werth. Der Antrag wurde ohne Widerspruch zum Be-
schluß erhoben. — Hierauf handelte es sich um Garantie-Erhellung für
die Verfassungen von Solothurn, Schaffhausen und Schwyz, worüber
Herr Dr. Pfyster Bericht erstattete. Die beiden ersgennanten Verfassun-
gen sind ohne Widerspruch genehmigt worden; dagegen trat bei der drit-
ten Herr Hegner für die liberalen Reklamanten in die Schranken, indes
auch hier Bundesrath und Kommission die Genehmigung beantragten,
welche denn auch, nachdem noch die Herren Bundesrath Furrer und
Soffardt für den Kommissionsantrag gesprochen, mit allen gegen zwei
Stimmen ausgesprochen wurde. (Fr. 3.)

Italien.

Rom, 9. Juli. [Österreichische Rüstungen.] Die Gährung in
der Romagna und in den Herzogthümern ist noch immer im Zunehmen.
Östreich vermehrt fortwährend seine Streitkräfte und trifft Vorsichts-
maßregeln. Neue Truppen treffen in Italien ein und stehen marschfer-
tig, um den Po an den Punkten bei Biacenza, Mantua und Ponte di
Lagoscuro zu überschreiten (?). Trotz dieser Truppenbewegungen wird
noch immer behauptet, daß die fremden Truppen den Kirchenstaat bald
räumen, die Franzosen jedoch Civitavecchia, die Östreicher Ancona be-
sezt halten würden, um im Falle neuer Unruhen sofort einschreiten zu
können. (Znd. B.)

Neapel, 6. Juli. [Politischer Prozeß; Baron Poerio;
militärische Aufregung.] In Beziehung auf den politischen Prozeß,
der sofort wieder vor dem Spezialgerichtshof von Neapel eingeleitet
werden soll, wird der „Ital. Kor.“ unter vorstehendem Datum über eine
angebliche Einrede des russischen Gesandten folgendes gemeldet: Der
russische Gesandte, als er hörte, daß man in unserer Stadt wieder einen
politischen Prozeß einleiten wollte, that Schritte beim Könige und ver-
suchte ihn zu bestimmen, die Suspension oder Niederschlagung dieses Pro-
zesses zu befehlen. Allein dies blieb ohne Erfolg, und ungeachtet der
Vorstellungen des russischen Gesandten wird der Prozeß um keinen Tag,
ja nicht um eine Stunde verschoben werden. Man versichert, der russische
Diplomat habe nicht unterlassen, laut und wiederholt auszusprechen,
welches die Gefühle sind, welche ein mit so vieler Hartnäckigkeit verfolg-
tes System der Regierung ihm einflößt. Ich habe selbst erzählt hören,
daß der russische Diplomat, nachdem er die Details des Prozesses erfah-
ren, mit Unwillen ausgerufen: „Dieser Mann muß entscheiden die Revo-
lution im Lande wollen, um sich mit ganz Europa in Kampf zu setzen.“
— Die Leiden des Barons Carlo Poerio sind in den letzten Tagen
schlimmer geworden. Der lange Aufenthalt in den Galeeren hat die
Gesundheit des berühmten Gefangenen untergraben. Ein Geschwür,
welches durch den Druck der Ketten verursacht war, hat eine solche Bösartig-
keit angenommen, daß man genöthigt war, eine chirurgische Operation
vorzunehmen, welche auch große Erleichterung geschafft hat. Man sagt,
der Baron Brenier habe dem Herrn Caraffa wiederholt sehr ernste Vor-
stellungen über das jetzige Regierungssystem gemacht.

Die Aufregung und Unzufriedenheit, welche man unter der Bevöl-
kerung bemerkt, fangen auch an, das Heer zu berühren. Die aufreü-
berische Handlung des Jägerbataillons in Caserta gegen seinen Anführer
hat in der Unordnung der Schiffsbesatzung der kön. Fregatte „Amalia“
ein Seitenstück erhalten. Das hier in der Hauptstadt liegende 2. Garde-
Regiment hat sich ähnliche Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen.
Der durch Kamatillagunst zu dieser Stelle erhobene Oberst Bucci, ein
harter Rücktrittsmensch, ließ kürzlich zweien, mit Erlaubniß ihrer Of-
fiziere aus Reihe und Glied getretenen Soldaten 50 Stockschläge ertei-
len, welche Strafe nicht einmal die Entschuldigung und Bitte des zunächst
vorgelegten Offiziers aufhalten konnte. Einer der Bestrahten wurde halb-
tödlich in das Krankenhaus gebracht. Der Oberst wohnte der Prügelere-
kution bei, und da einer der Unteroffiziere nicht stark genug zuschlug, so
erhielt dieser auf der Stelle 10 Stockschläge. Diese Grausamkeit empörte
die Soldaten, welche den Ruf: „Nieder mit dem Obersten!“ laut wer-
den ließen. Da dieser Ruf allgemein wurde, so mußte sich der Oberst
schnell nach seiner Wohnung begeben. Der Bruder des Königs, Graf
v. Trapani, Generalinspekteur der 1. Garde, forderte, daß ihm die Na-
men der Anstifter binnen zwei Stunden angezeigt werden und ließ, da
ihm kein Bericht zugeht, das ganze Regiment samt den Offizieren ver-
haften. Der Prozeß ist jetzt eingeleitet, immer aber ist dies ein ernstes
Zeichen, namentlich für eine, auf die bewaffnete Macht angewiesene Re-
gierung. Der König hat den Bestmächten wirklich eine entschieden absehnende
Antwort zugehen lassen. Die erste war ausweichend. Statt einer Amne-
stie ist verdoppelte Strenge eingetreten. Die Prügelstrafe ist in dem gan-
zen Reiche an der Tagesordnung. Ein Bewohner Messina's sagte neu-
lich öffentlich in Paola (Calabrien), daß man bald, in Folge der Ver-
wendung der Bestmächte, Reformen erhalten werde. Der Zinndant ließ
ihn für diese Aeußerung sofort festnehmen und mit 60 Stockschlägen be-
strafen.

Turin, 9. Juli. [Gegen den Klerus; ein bedeutsamer
Richterpruch.] Im Ministerium des Innern wird an verschiedenen
Gelegenheiten gearbeitet, welche alle eine weitere Eindämmung der
kirchlichen Gewalt im Auge haben. Es scheint nun, als ob der Klerus
sich diese Eingriffe nicht wolle friedlich gefallen lassen, und als ob er sich
zu einem letzten verzweifelten Widerstand aufraffen wolle. Die „Unione“,
freilich das Organ Bianchi-Giovinini's, des erbittertesten Gegners der Geis-
lichkeit, erzählt von einer in der Umgegend von Turin stattgehabten Ver-
sammlung von über hundert Geistlichen, in welcher folgende Beschlüsse
gefaßt worden seien. Es sei: 1) Mission des Klerus, sich der Regierung
mit allen möglichen Mitteln zu widersetzen. 2) Die sogenannten Mißge-
setze, die in kirchlichen Dingen auch der Regierung ein Recht einräumen,

verpflichten die Gewissen nicht. 3) Die Regierung kann in kirchlichen
Dingen, auch wenn sie zeitliche Güter betreffen, keinen Gehorsam ver-
langen. 4) Es habe der gesammte Klerus dem Beispiel des in der Ver-
bannung lebenden Erzbischofs von Turin, Monsignor Fransoni, zu fol-
gen, d. h. keine weiteren Befehle zu vollziehen, als die des heil. Vaters.
5) Es seien die liberalen Journale mit Verachtung zu bestrafen, und
6) es seien in allen Vikariaten Widerstandskomitees zu errichten und ge-
gen die ungehorsamen Geistlichen Maßregeln zu ergreifen. — In Tos-
cana stand die letzte Woche ein Schuster vor dem obersten Gerichtshofe,
des Verbrechens bezüchtigt, zur protestantischen Religion übergetreten zu
sein. Sein Verteidiger aber sprach mit so beredter Zunge zu den Richtern
und vindizierte so siegreich die heiligen Rechte seines Klienten, daß eine
Freisprechung erfolgte. Es hat diese um so mehr Bedeutung, als sie in
einem Augenblick erfolgte, wo Rom Alles daran setzt, mit Toscana ein
Konkordat einzugehen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Juli. [Tagesbefehl des Großfürsten
Konstantin; Kriegsgericht; Heiligenbild; die Presse.] Ein
Tagesbefehl des Großfürsten Konstantin räumt mit kaiserlicher Genehmi-
gung den Behörden im Marinereffort die Befugniß ein, Gesuche von Of-
fizieren und Beamten dieses Efforts in geeigneten Fällen auch ohne
Vorbringung von Dokumenten, auf das persönlich abgegebene Ehrenwort
der Militärstellen hin, zu entscheiden, resp. zu bewilligen. Natürlich wird der
Mißbrauch dieser Vergünstigung mit strenger Ahndung bedroht. Immer-
hin aber giebt das stitliche Moment dieser Verordnung viel zu denken
und kann von den heilsamsten Folgen im Allgemeinen werden. — Eine
vom Kaiser konfirmirte kriegsgerichtliche Sentenz verurtheilt den Obersten
Mifnoff, gewesenen Kommandeur eines Kosakentregiments vom abgetheil-
ten Drenburger Korps, zum Verlust seiner Grade, Orden und Ehrenzei-
chen und seines Adels und zur Einstufung unter die gemeinen Kosaken.
Seine Vergehungen bestanden in Unterschleifen und Fälschungen der Bü-
cher und damit verbundener Schmälerung der Soldaten in ihrem Unter-
halt. — Der Großfürst Kronfolger hatte im vorigen Jahre in Mostau
auch die neugebaute homodoxe (jedino wertschekaja) Kirche des heil.
Nikolai auf dem s. g. Rogosher Kirchhofe besucht und ein Heiligenbild
angenommen. In diesem Jahre machte der junge Großfürst mit Bewil-
ligung seines kaiserlichen Vaters der genannten Kirche ein Gegengeschenk
mit dem Heiligenbilde des heil. Nikolai durch Vermittelung des Moskauer
Metropolitens Philaret. An diesen richteten der Kirchenstarost und die
angesehensten Glieder des Kirchenprengels die Bitte, er möge selbst das
Geschenk des Zarenjohnes in ihrer Kirche aufstellen. Dies geschah denn
auch unter großen Feierlichkeiten am 13. Mai, und der Metropolit, der
die unlangst in das nähere priesterliche Verhältnis zur Nationalkirche ein-
getretene Kirche zum ersten Male besuchte, hielt eine Rede, welche ein
Meisterstück von Apologetik und Pastoralikheit ist. Der Metropolit
wünscht seinen homodoxen Brüdern Glück dazu, daß sie in die kirchliche
Einheit aufgenommen sind, und ist überzeugt, daß die Huld des Kaiser-
johnes ihnen vollen Ersatz bieten werde für die schmerzlichen Verle-
dungen dieser Einheit noch fern stehen. Er freut sich sodann, daß man ihn ein-
geladen: er sehe daraus, daß die Vereinigung mit der heiligen allgemeinen
Kirche und ihrer Hierarchie auch in der Herzensginnung vollzogen sei.
Man könne doch in der That keine Trennung in dem Umfange sehen,
daß in der Kirche, worin er jetzt rede, mancherlei besondere Wirkklänge
gehört und mancherlei besondere Gebräuche gesehen würden. Ueber
vergleichen habe man strenge urtheilen müssen, so lange damit Wi-
dersetzlichkeit gegen die geistliche Gewalt verbunden gewesen sei —
da dies jetzt aufgehört habe, und man in den eigentlichen Dogmen und
Mythorien nicht von einander abweiche, so könne eine äußerliche Verschie-
denheit die innere Harmonie nicht stören. Mit großer Feinheit läßt sich
dann der Metropolit Philaret auf diese äußerliche Verschiedenheit näher ein:
„Ihr nehmt die heiligen und kirchlichen Bücher zur Richtschnur in der Ge-
samt, in welcher sie zu Zeiten der ersten fünf russischen Patriarchen sich be-
fanden. Wir nehmen diese Bücher zur Richtschnur in der Gestalt, welche
sie unter den fünf folgenden Patriarchen und durch die heil. Synode erhal-
ten, und zwar in Folge der Vergleichung mit den alten griechischen Büchern,
aus welchen sie übersetzt sind, und mit den alten slavischen Handschriften,
wobei unklare alterthümliche Wendungen durch deutlichere ersetzt und die
durch unwissende Abschreiber verdorbenen Stellen verbessert wurden. Das
ist der Unterschied.“ Nachdem der Metropolit dann alle die wesentlichen
Glaubensstücke aufgezählt, welche die Gleichheit ausmachen, fährt er
fort: „Man kann den Kirchenbüchern, welche ihr neu nennt, die Achtung
nicht verlagern; sie sind nach griechischen und slavischen Handschriften
verbessert, welche über die Zeit der ersten fünf russischen Patriarchen hin-
ausliegen. Allein eure Vorfahren zweifelten an der Richtigkeit dieser Ver-
besserung, und aus begreiflicher Achtung vor diesen hängt ihr an den von
euch alt genannten Büchern. Ihr folgt hierbei mehr der Tradition als
eigner Untersuchung. Wenn die apostelgleichen Heiligen Olga und Wla-
dimir auch blind der Ueberlieferung ihrer Vorfahren gefolgt wären, so
wären sie als Götzendiener gestorben. Indeß ehre ich eure Gesinnung, da
sie nicht bis zum Widerspruch gegen die heilige apostolische Kirche und zu
wirklichen Heterodoxien führt, und will mich gern mit euch Eins fühlen,
und mögen durch unser Beispiel auch die anderen Verirrten zur heilbrin-
genden kirchlichen Einheit zurückgeführt werden.“ Die ganze Rede ist,
wie gesagt ein Muster kirchlicher Eloquenz: milde, verfühlich und doch
voll scharfer Logik. — Der Fürst Szezerbatoff, welcher jetzt die Funk-
tionen des Kurators des hiesigen Lehrbezirks versteht, hat in diesen Ta-
gen an alle hiesigen Redaktionen ein handschriftliches Zirkular ergehen
lassen, in welchem er sie ersucht, sich bei kritischen Besprechungen aller
Ausfälle auf die Personen und Erlebnisse der Autoren zu enthalten (könnte
außerhalb Rußland auch nicht schaden. D. Red.). Artikel dieser Art
würden von der Censur doch nur zurückgewiesen werden. In der That
fochten manche Journale fast nur noch mit Persönlichkeiten, wahrscheinlich
in Ermangelung besserer Waffen. Bis zur Einführung eines Pressgesetzes
kann man es nur billigen, wenn auf administrativem Wege dafür
sorgt wird, daß ein unwürdiger Ton in Kritik und Literatur nicht um-
schleichend greife.

[Die Lage der Juden.] Die „Znd. B.“ enthält eine Denk-
schrift über die Lage der Juden in Rußland und besonders in Polen.
Obwohl darüber bereits viel geschrieben worden, so werden doch hier
sehr viele bisher unbekannt oder nur mangelhaft bekannte Uebelstände
aufgedeckt, die, wie die „Zndep.“ selbst hinzusetzt, die Aufmerksamkeit
aller Derer erregen müssen, welche sich für Rußlands Entwicklung
auf der Bahn des Fortschritts interessieren.“ In der Denkschrift selbst
wird klar ausgeführt, daß der Jude in Polen nüchtern sei und nichts von
den schreckenerregenden Ausschweifungen des poln. Bauern habe, auch
sich überall da, wo ihm nur die Möglichkeit dazu vergönnt werde, gut
bewähre. Und dennoch ist der Jude, als solcher, den größten Qualereien
und ausnahmsweiser Besteuerung unterworfen. Zuvörderst ist ihm das
Aufenthaltsrecht äußerst beschränkt; in den ihnen freigelassenen Städten und

Ortschaften sind die Juden in besondere Quartiere gewiesen. In Dörfern dürfen sie sich nur ausnahmsweise und unter vielen Placateren niederlassen. Ferner ist ihnen der Ausschank ver sagt. Dieses Verbot, welches 30,000 Familien zu Grunde gerichtet hat, wird so ausgelegt, daß ein Jude in dem Hause eines christlichen Ausschankers nicht wohnen darf. Drittens ist ihnen der Güterankauf fast unmöglich gemacht, der Ankauf steinerer Häuser dort verboten; wird ihnen der Ankauf eines Holzhauses gestattet, so müssen sie es sofort niederreißen und ein steinernes dafür, nach einem vorge schriebenen Plane, aufbauen lassen. Die Juden haben durchaus kein staatsbürgerliches Recht. Der Schatten von Bürgerrecht unterliegt noch der Willkür der Behörden. So hat z. B. die Warschauer Polizei zeitung vom 1. September 1853 das Verbot enthalten, daß keine christliche Amme ein jüdisches Kind säugen dürfe! In Sondersteuer n haben die Juden zu erlegen Tagzettelgeld: 1) Jedes nach Warschau Auf enthaltshalter kommende jüdische Individuum wird besteuert, das Kind an der Mutterbrust nicht ausgenommen! 2) einen Zuschlag für das nach ih rem Ritus geschlachtete Fleisch, und zwar müssen für jedes Pfund sechs polnische Groschen erlegt werden. Der minder wohlhabende, religiöse Jude muß auf den Fleischgenuss sonach verzichten. — Der seit 1844 mili tärischpflichtige Jude hat, nach 25jähriger Dienstzeit, keine Aussicht auf irgend welche Verforgung, nicht einmal das Recht, sich an einem Orte seiner Wahl niederzulassen, wie dies doch jeder Russe und Pole darf. Jeder, sich der Conscriptio entziehende Jude wird durch ein willkürlich den Eltern entzogenes Kind ersetzt. Die also gesammelten Kinder werden ohne Wissen und Willen der Aeltern gekauft, bei russischen Bauern in dem Innern Rußlands vorerst untergebracht und dürfen, bei Strafe der Verweisung nach Sibirien, die griechische Religion nicht mehr wechseln. Und bei allem Dem wird eine Entweihung oder Störung des jüdischen Gottesdienstes nicht einmal strafrechtlich geahndet, da nur christliche Kirchen und mohammedanische Imans den Schutz der Gesetze haben. Hingegen werden die Einnahmen und Ausgaben der Judenge meinden polizeilich beaufsichtigt. Für den Jugendunterricht geschieht Sei tens des Staats nicht nur gar nichts, sondern man hemmt ihn und läßt jüdische Knaben, die Warschauer Schulen besuchen wollen, nicht zu. Die jüdisch-theologischen Bücher, ja die altbekannten Gebetsbücher unter liegen der strengsten Censur. Oft werden ganze Gebetsbücher durch andere ersetzt! (Wir überlassen natürlich der „Jnd. B.“, dies Alles zu erläutern und zu beweisen.)

ski. Warschau, (2.) 14. Juli. [Polnische Bäder.] Während man aus Berlin schreibt, daß der Durchzug von Polen und Russen nicht aufhöre und fast alle Hotels diese Gäste beherbergen, welche theils zum Vergnügen, um sich für die lange Entbehrung zu entschädigen, theils um in Heilquellen ihre Gesundheit zu kräftigen, dem Westen zueilen, klagt der „Gazet“ über diese Manie, ausländische Bäder zu besuchen, während doch auf polnischer Erde ganz vorzüglich Quellen von verschiedener Wirksamkeit sprudeln: In Szejawnica spielt das eisenhaltige Wasser eine Hauptrolle, es habe einen europäischen Ruf erlangt, und die Badeverwaltung lasse es sich angelegen sein, den Gästen die Zeit zu verkürzen. Krhynica, die jüngere Schwester von Szejawnica, hinsichtlich des Wasser gehaltes, der Einrichtungen und des Besuchs, lasse doch in Betreff der Sauberkeit und Zuverlässigkeit gegen die Gäste nichts zu wünschen übrig. Zwonicz, überaus reich an Jod, biete vielleicht die einzige Ge legenheit, alle, selbst veraltete, skrophulöse Leiden gründlich zu beseitigen. Reinlichkeit und Ordnung herrschen überall, häufige Vergnügungen unter brechen die Eintönigkeit der Kurzeit. Lubien bestige unbestritten die stärksten Schwefelquellen. Der Eigenthümer spare keine Kosten und der Ertrag sei, trotz der wahrhaften Eleganz der Einrichtungen, trotz der außerordentlichen Zuverlässigkeit selbst gegen spezielle Wünsche einzelner Gäste, ein bedeutender. In Truskawice seien Quellen fast aller Art: Kupfer, Jod, Schwefel und Salz enthalten. Die k. k. Kammer habe vorzüglichste Badeeinrichtungen getroffen und sowohl für hinreichendes Unterkommen, als für sonstigen Komfort gesorgt. Am wenigsten besucht sei leider die schwächere Schwefelquelle von Konopowka, trotz des entfaltenen Luxus, der schönen Promenaden und sonstigen Anlagen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 6. Juli. [Der französisch-österreichische Konflikt.] Ueber die jüngsten bedauerlichen Vorfälle bei Giurgewo geht der „Preussische Correspondenz“ der nachstehende Bericht zu, dessen An gaben im Wesentlichen mit den bereits durch französische Blätter ver öffentlichten Mittheilungen übereinstimmen: „Vor Kurzem ist in dem eine Stunde von Giurgewo entfernten Dorfe Doja ein bejammernswerther Konflikt vorgekommen. In dem genannten Dorfe ist seit Eröffnung der französisch-österreichischen Telegraphenlinie ein Wachposten französischer Soldaten aufgestellt. Diese Soldaten haben sich bei ihrem Verweilen in der Ge gend durch ihr anständiges und ruhiges Betragen die Zuneigung der Landesbehörden erworben, und noch nie sind Klagen zu den Ohren ihrer Vorgesetzten gekommen. Am Abend des 30. Juni machte ein von Bu karest kommender k. k. österreichischer Militärtransport in Doja Halt. Die Zimmer des einzigen dort vorhandenen Wirthshauses wurden von den diesen Zug führenden Offizieren okkupirt, und so geschah es, daß einer der französischen Soldaten in das Zimmer eines Offiziers trat, um seinen dort gebliebenen Hund zu holen, als der Offizier eben beim Abendessen war. Der französische Soldat grüßte nicht und stieß noch zufälligerweise an den Tisch, so daß einige Gläser umgeworfen wurden. Der k. k. Offi zier, dadurch gereizt, griff zu seiner Reitpeitsche und prügelte den Sol daten damit ab. Der französische Soldat zog sich in seine Wohnung zurück. Später, als zwei französische und mehrere österreichische Soldaten im Wirthshause saßen, entspann sich wiederum zwischen beiden Theilen ein Streit, und ein herzugetretener österreichischer Thierarzt erhob gegen den bereits geprügelten französischen Soldaten den Stoß. Dieser aber zog sein Pistol und drohte, den Arzt niederzuschießen, falls er nicht sofort seinen Stoß entfernte. Der Arzt zog seinen Stoß zurück, und die französischen Soldaten begaben sich in ihre Wohnung zurück, mit der Absicht, die einem ihrer Kameraden zu Theil gewordene unwürdige Behandlung von Seiten des k. k. Offiziers noch in derselben Nacht ihrem Vorgesetzten in Giur gewo anzuzeigen. Ehe sie jedoch ihr Vorhaben ausführen konnten, wurde das Haus bereits von sieben österreichischen Soldaten umstellt. Diese Leute hatten scharf geladen und den Befehl, den erwähnten Soldaten zu arre tieren. Die beiden französischen Soldaten verammelten jedoch die Thür so gut als möglich und weigerten sich, sich zu ergeben. Als die östreichi schen Truppen nach zweistündiger Belagerung sahen, daß sie, ohne Ge walt zu brauchen, nicht zum Ziele kommen würden, rannnten sie die Thür ein, und einer von ihnen schoß durch die entstandene Oeffnung den von ihnen zu arretilrenden französischen Soldaten nieder. Der Tod erfolgte, wie die Obduktion herausgestellt, augenblicklich. Se. Exc. Feldmarschall Coronini hat, als ihm dieser traurige Vorfall gemeldet wurde, sofort eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle geschickt. Der östreichi sche Offizier und der Soldat, welcher schoß, befinden sich in Haft. Die Leiche des französischen Soldaten wurde in Rußischuk, wo sich das

Kommando der französischen Truppen befindet, auf dem christlichen Fried hofe bestattet. Eine Abtheilung türkischer Soldaten, unter Führung eines Offiziers, gab dem Todten das Geleit.“

Amerika.

Rio de Janeiro, 22. Mai. [Die Note des englischen Gesandten; die Sklavenfrage; Kolonisation.] Nicht geringen Unwillen erregt hier in allen Kreisen das Auftreten des englischen Gesandten, der eine drohende Note wegen angeblicher Begünstigung des Sklavenhandels an unsere Regierung gerichtet hat, die indessen von un serm Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Srn. José Maria da Silva Paranhos, aufs Würdigste beantwortet ist. Wir wollen hier nicht untersuchen, welche Motive diesem Auftreten zu Grunde liegen mögen; ob es der Mangel an errungenen Vorbeeren im orientalischen Krie ge, oder die zarte Rücksicht gegen die nordamerikanische Republik ist, welche das Ministerium Palmerston veranlaßt, gegen Staaten, die es für minder mächtig hält, die rauhe Seite herauszutreten — drüben in Europa sind Sie vermuthlich besser im Stande, sich die inneren Fäden dieses Treibens zu vergegenwärtigen. Uns genügt es, auf die gänzliche Grundlosigkeit eines solchen Gebahrens hinzuweisen. Der englischen Re gierung kann es nicht entgangen sein, daß alles Pochen und Drohen ihrer Agenten, daß alle ihre Kreuzer und die oft unerträgliche Inso lenz ihrer Befehlshaber, mit Einschluß der vielbesprochenen Akte von 1845, das erwünschte Ziel, nämlich die Unterdrückung des mit so großem Vor theil betriebenen Sklavenhandels, nicht erreicht haben würde, wenn die brasilianische Regierung nicht aus freiem Antrieb den ersten Willen und die regste Thätigkeit kundgegeben hätte, um diesen Fleck von der Ober fläche ihres Reiches zu vertilgen. Mit der strengsten Wachsamkeit wird jeder Versuch zur Erneuerung dieses schändlichen Handels verfolgt, und erst gegen Ende vorigen Jahres sind zwei in amerikanischen Häfen aus gerüstete Schiffe, ein Schooner (Palhabote) und ein Jachtschiff (Hiate) mit Regern am Bord, zu Pernambuco und Espiritu Santo von unseren Kriegsschiffen aufgebracht worden, bei welcher Gelegenheit man sich über einige ähnliche Expeditionen unter nordamerikanischer Flagge und die dabei theilhaftigen Personen genauere Auskunft verschafft und bereits im Februar dieses Jahres den betreffenden Behörden die erforderlichen Wei sungen ertheilt hat, darüber zu wachen, daß in ihren resp. Distrikten keine solche Expeditionen nach der afrikanischen Küste ausgerüstet werden. Die augenblickliche Rekrudeszenz des Sklavenhandels scheint theils durch den orientalischen Krieg, der die britische Marine so sehr in Anspruch genommen, theils durch den Umstand veranlaßt zu sein, daß Brasilien den größten Theil seines Geschwaders im Plataflusse zu verwenden ge dacht. Wir enthalten uns hier näherer Angaben, um die wohlwollenden Absichten der Regierung nicht durch vorläufige Veröffentlichung zu vereiteln; glauben aber die Ueberzeugung aussprechen zu dürfen, daß man in Eng land nicht minder als hier zu Lande die oben erwähnte Drohung als eine bloße Finte ansieht, da der Sklavenhandel den Maasregeln der bra silianischen Regierung und der öffentlichen Meinung gegenüber nie wieder aufkommen kann, zumal da derselbe keine Aussicht auf Erfolg bietet und die Nation sich mehr den höheren Aufgaben der Industrie und des Fort schritts zuwendet. Von allen Tendenzen dieses Fortschritts ist keine so tief in das Nationalbedürfnis eingedrungen, wie die Kolonisation, die zur Hebung des Reiches als unerläßlich angesehen und mit immer festere n Garantien für die Einwanderer ausgestattet wird. Mit Freuden weisen wir heute auf den neugebildeten Central-Kolonisationsverein (As sociacao Central de Colonizacao) hin, der gestern eine Sitzung hielt, in welcher seine von der Regierung genehmigten Statuten verlesen wur den. (S. C.)

Polales und Provinzielles.

Posen, 18. Juli. Der Herr Ober-Präsident hat sich auf einige Tage in dienstlichen Angelegenheiten nach Berlin begeben. * Posen, 18. Juli. [Erntebeginn.] Die Roggenernte in der Umgegend Posen's hat begonnen und wird vom Wetter begünstigt. Auch neue Kartoffeln werden seit 14 Tagen in reichlicher Menge auf den Markt gebracht und haben den Preis schon fast um die Hälfte herabge drückt. Die ersten hier eingetroffenen Wagen wurden förmlich von Käu fern umlagert; doch steht zu hoffen, daß der Preis recht bald auf den jenigen Stand zurückgehen wird, der den reichen Ernteaussichten auch bei dieser Frucht entsprechend ist. Ueberall stehen die Felder vortreflich und weder das Kraut noch die bis jetzt geernteten Kartoffeln zeigen Spuren von Krankheit. Posen, 17. Juli. [Polizeibericht.] Der Tischlerfrau Hoedke ist am 13. d. M. aus ihrer unverschlossenen Wohnung, Gerberstraße 47. v. 48, ein messingnes Pfeifchen ohne Schieber gestohlen worden. — Der Wittve Ponchius, Lindenstraße Nr. 5, ist am 14. d. M. aus unverschlossener Küche ein großer messingner Mörser mit Stiel gestohlen worden. — Bei dem Ra stellen des k. Appellationsgerichts Friedrich Plebich, hat sich am 13. d. M. ein kleiner weißer Wachtelhund mit braunen Flecken eingefunden. Am 15. d. Mts. wurde dem Mädchen S. in der St. Martinskirche ein Gelbstöckchen mit rother Seide gefüttert und mit einem Nadelstich versehen, aus der Tasche gestohlen. Verdächtig ist ein Mädchen von etwa 30 Jahren, in schwarzleidenem Hute. — Gefunden: am 16. d. M. im Schützengarten: eine kleine weiße Mantille mit Franzen. # Neustadt b. P., 16. Juli. [Sperrre; Wohlthätigkeit; jugendliche Bettler; Erbschaftsgeschäft.] Die in Schrimm und Umgegend herrschende Kinderpest fängt auch an auf den hiesigen Schwarzviehmarkt nachtheiligen Einfluß zu üben und das Geschäft beginnt plöz lich zu stocken. In Folge der Vorsichtsmaßregeln, welche die Regierung zu Frankfurt a. D. getroffen (s. gefr. Btg.), hatten die Großhändler aus anderen Provinzen, welche noch vor 14 Tagen hier viele Heerden Schweine aus dem Markt genommen hatten, und denen diese Maßregel noch nicht bekannt war, an der märkischen Grenze, da die Schweine von hier aus nach Landsberg, Briezen a. D. und anderen Märkten der Mark ge trieben werden, mancherlei Unannehmlichkeiten. Dieses hat nun die Käufer abgeschreckt, so daß der vorgestrichene Markt fast gänzlich stockt. Von den sonst hier zum Einkauf einreisenden Großhändlern aus anderen Provinzen war Niemand hier, und auch die Händler aus der hiesigen Umgegend ließen das Geschäft unberücksichtigt. Die verzagten Verkäufer mußten die Schweine hier lassen, was ihnen täglich nicht unbedeutende Kosten verursacht. Das Geschäft ruht und dürfte noch mehr in's Stocken geraten oder gänzlich aufhören, wenn die Sperrre an der diesseitigen märkischen Grenze nicht bald aufgehoben wird. (Dazu ist denn doch, so lange noch die Gefahr der Kinderpest vorhanden ist, unbedingt mit Recht keine Aussicht. D. Red.) Die Nachtheile für die hiesige Stadt sind ebenfalls nicht unbedeutend. Uebtrigens würden die Schweine aus Alt preußen, also gerade aus einer Gegend hiehergebracht, wo von der Seuche keine Spur ist; aus Polen aber werden schon seit längerer Zeit keine Schweine herübergebracht, und aus der Gegend, wo in hiesiger Provinz die Seuche herrscht, darf in Folge der bestehenden Sperrre kein Vieh irgend welcher Gattung herausgelassen werden. Wenn nun aber die Schweine per Eisenbahn, wie dies jetzt vorkommen soll, von Bromberg

aus nach der Mark befördert werden (?), da geht ja der Zweck der dies seits der Mark angelegten Sperrre ganz verloren. Eine baldige Aufhe bung der erwähnten Sperrre, und wenn auch nur für Schweine, würde nicht nur die hiesigen Märkte, sondern auch die in Karge und Wongtowitz wieder beleben. — Vorgestern vertheilte der hiesige Kaufmann F. W. 15 Thlr. an hiesige arbeitsunfähige jüdische Arme. — Gestern wurde hier ein 11jähriger Knabe aufgegriffen, der sich schon einige Tage bettelnd in der Stadt herumgetrieben und sich überall für ein hiesiges Kind, dessen Eltern im vorigen Jahr gestorben, ausgegeben. Der jugendliche Bettler schien das Lügen vortrefflich studirt zu haben und wußte überall das innigste Mitleid zu erregen. Der Knabe war seinen Eltern, die in Komoro rowo-Gauland wohnen und sich vom Tagelohn nähren, entlaufen; er ist ihnen nunmehr polizeilich wieder zugeführt worden. Fast zu gleicher Zeit hat sich auch sein 13jähriger Bruder heimlich in die Gegend von Neutomysl entfernt, um dort zu betteln. Derselbe soll indeß auch bereits ergriffen worden und den Eltern zugeführt worden sein. — Am 12. d. fand in Neutomysl das Departementserbschaftsgeschäft in Gegenwart des Generals v. Korzfleisch und Regierungsraths Gade statt. Das Resulta soll ziemlich zufriedenstellend ausgefallen sein.

r. Wolkstein, 17. Juli. [Stadtverordneten; Verurtheilung; Felddiebstähle.] Am 15. d. M. sind die drei neugewählten Stadtverordneten durch den Bürgermeister Schmidt feierlich in ihr Amt eingeführt worden. Bei der hierauf erfolgten Konstituierung der Stadt verordneten wurden der Rechtsanwalt Kunze zum Vorsteher, und zu dessen Stellvertreter der Buchhändler Friedländer, der Kreisgerichtssekretär Gasse zum Schriftführer und zu dessen Stellvertreter der Sekretär Feuer gewählt resp. wiedergewählt. — Von der Kriminaldeputation des hiesigen königl. Kreisgerichts wurde heute der Prozeß gegen die beiden Privatknechte J. und Gz., die bekanntlich auf der hiesigen Kreissteuerkasse 2100 Thlr. unterschlagen haben, und gegen die Mutter des J., die 700 Thlr. von diesem Gelde auf dem hiesigen evangel. Kirchhofe vergraben hatte, ver handelt. Die Angeklagten waren in allen Punkten geständig und der Gerichtshof verurtheilte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, J. und Gz. jeden zu einer dreijährigen Gefängnißstrafe und zur Stellung unter Polizeiaufsicht auf fernere 3 Jahre. Die Wittve wurde nur zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. — Die Kartioffelfelder werden seit einiger Zeit von Dieben sehr stark heimge sucht, so daß die Eigenthümer sich genöthigt sehen, während der Nachtzeit Wächter zu unterhalten.

5 Bromberg, 17. Juli. [Jahresbericht der städtischen Verwaltung.] So eben ist der Jahresbericht des Magistrats zu Bromberg über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten pro 1854 erschienen. Derselbe zerfällt in 6 Abtheilungen und zwar in 1) Verwaltung, 2) Polizeiwesen, 3) Servis- und Einquartierungswesen, 4) Schulwesen, 5) Stadthaushalt und Kasernenverwaltung, und 6) Sonstige bemerkenswerthe Nachrichten. Aus dem Polizeiwesen dürften folgende Nach richten interessant sein: Die Polizei der Stadt Bromberg und der an dieselbe grenzenden 16 ländlichen Ortschaften wird vom Bürgermeister verwaltet. Das Polizeibureau-Peronal besteht aus 1 Polizeisekretär, 2 Bureauassistenten und 1 Registrator. Den ambulanten Polizeibeamten verbleiben 4 Polizeikommissarius, 4 Polizeigeranten, 3 Gendarmen und 16 Nachtwächter. Die in der Zeit vom 3. bis 5. Dezbr. v. J. beendigte Volkszählung hat für die Stadt Bromberg, mit Ausschluß der Militärpersonen, eine Einwohnerzahl von 14,431 Seelen er geben. Nach der Zählung von 1852 betrug die Einwohnerzahl 12,918; sie hat sich in dem dreijährigen Zeitabschnitt also um 1,513 oder 11,07 Prozent vermehrt. Das Bürgerrecht gewannen im Jahre 1855 bis zum 21. März, als dem Tage der Einführung der neuen Städteordnung, 17 Personen. Außer dem haben sich im Laufe vorigen Jahres 109 Personen hier niedergelassen. Am 20. Juni v. J. trat hier die asiatische Cholera auf, an welcher innerhalb der Stadt bis Mitte des Monats November 194 Personen erkrankten. Davon starben 107, es genasen 87. Seit dem 16. November v. J. bis jetzt ist kein Cholerafall mehr vorgekommen. Zur Unterbringung der Bettler, Landsträ cher, arbeitscheuen und lieberlichen Personen wird das im Jahre 1853 er baute Arbeitshaus benutzt, in welchem auch die Polizeigefangenen unterge bracht werden. Die im Arbeitshause detinirten Personen werden mit Arbei ten für städtische Zwecke beschäftigt. Die Unterhaltung der Arbeitsanstalt kostete im vorigen Jahre 834 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf. Detinirt gewesen sind a) im Arbeitshause 142 männliche und 392 weibliche, zusammen 534 Per sonen, b) im Polizeigefängnisse 814 männliche und 204 weibliche, zusammen 1018 Personen; darunter wegen Diebstahls 189, wegen Bettelns 101, wegen Landstreichens 120, wegen Trunkenheit 96 und wegen anderer Polizeiverge hen 612 Personen. Unter Polizeiaufsicht standen 151 Personen, die Zahl der transportirten Personen betrug 462, neue Pässe find ertheilt 112, Meiserrou ten 133, die Zahl der visitirten Pässe betrug 3392, Gefinndienstbücher sind ausgefertigt 242. Die Zahl der angemeldeten Fremden betrug 3959, und die der eingewanderten und hier in Arbeit getretenen Geellen 1015. Auf enthaltstarken sind an 533 Personen ertheilt und dafür 66 Thlr. 2 Sgr. eingenommen worden. — Ueber das Feuerlöschwesen disponirt die Feuerlöschordnung vom 14. Juli 1853 nebst 2 Anlagen. Am städtischen Vöthgeräthschaffen sind vorhanden im Ganzen 7 Spritzen, 31 Rufen, und die erforderlichen Leitern nebst Utensilien, als Rettungsapparate u. Wasseranlag ist bei dem Durchflusse der Wrahe durch die Stadt und in den vorhandenen 31 öffentlichen und 268 Privatbrunnen nicht vorhanden. Im Laufe des vorigen Jahres kamen hier drei Brände vor. Der dadurch für die Provinzial-Feuer-Societät entstandene Schaden betrug 1356 Thlr. 27 Sgr. 8 Pf. — Die Reinigung der Straßen ist Sache der Hauseigen thümer und erfolgt nach §. 1 der Straßenordnung vom 12. November 1829 wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, und außerdem so oft es erforderlich ist u. Pro 1856 und zwar für den Zeitraum vom März bis November hat der Gutsbesitzer Seelig Jraal aus dem benachbarten Wylsen gnynek die Abfuhr des Straßenabfalls unentgeltlich übernommen. — Die neue Beleuchtungs-gesellschaft in Hamburg hat die Prolongation des bisher mit ihr bestehenden Vertrages, wonach sie die hiesige Straßenbeleuchtung gegen eine Entschädigung von 5 Pf. pro Stunde und Flamme zu besorgen hatte, von der Hand gewiesen, und sich nach dem Vertrage vom 26. September v. r. nur verpflichtet, das auf den Zeitraum vom 1. September v. r. bis zum 1. Mai 1857 zur Straßenbeleuchtung erforderliche Scheinbrennberöl (Hydrocarbure) gegen eine Entschädigung von 7 Sgr. 6 Pf. pro Litre zu liefern. Die Kos ten der Fracht, sowie die Eingangssteuer trägt die Stadt z. c. Ausgegeben sind im Jahre 1855 für die Straßenbeleuchtung im Ganzen 1561 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf. — Für Straßenkaster ist im vorigen Jahre im Ganzen ver ausgabt 966 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. Von Privatgrundbesitzern sind im vorigen Jahre an Trottoirreinen 1526 $\frac{1}{2}$ laufende Fuß gelegt worden. — Im vorigen Jahre sind 229 neue Baukonfesse zu Wohnhäusern, Seiten- und Hintergebäuden, Ställen, Zäunen, Speichern u. c. ertheilt worden. — Es werden hier jährlich abgehalten 4 Jahrmärkte, welche jedesmal eine Woche dauern, 1 Wollmarkt (2 Tage), der Weidnachtsmarkt (4 Tage) und wöchent 3 Wochenmärkte. — Gewerbetreibende, welche in 10 Klassen vertheilt sind, zählte die Stadt im vorigen Jahre im Ganzen 1209, im Jahre 1854 betrug die Zahl 1203, hat sich also um 6 vermehrt. Rechnet man hierbei die eingetretene Verminderung um 8 bei den Schank und Speisewirthen und um 36 bei den Schiffen, von welchen soliel auswärtige Schiffer im letzten Jahre hier weniger geteuert haben, um 1 bei den Bädern, um 3 bei den Fleischern und um 2 bei den Hauschändlern, so ergibt sich eine Vermehrung der übrigen Gewerbetreibenden von 56, und zwar hat sich die Zahl der Handeltreibenden bei der ersten Klasse um 22, bei der zweiten um 12 und die Zahl der Hand werker um 22 vermehrt. Hierunter haben die Getreidehandlungen, deren ge genwärtig 33 an Orte bestehen, einen Zuwachs von 5, und die Middelhand lung einen Zuwachs von 2 erhalten, so daß gegenwärtig 7 Middelhand lung vorhanden sind. Der Geschäftsbetrieb der Bier resp. in dem angrenzenden Dorfe Wilzlag vorhanden 3 Maschinenbauanstalten hat ebenfalls zuge nommen. Darunter ist die Maschinenbauanstalt des Hauptmanns Kämmerer durch Anbringung einer das Gebläse u. c. in Betrieb setzenden Dampfmaschine von 6 Pferdekraft vergrößert worden. Neben dem Handel der königlichen Seehandlung mit Mühlenfabrikaten, hat der Gutsbesitzer Well aus Burmühle hier eine Niederlage von Mühlenfabrikaten errichtet. Eine dritte Niederlage von solchen Fabrikaten befindet sich seit Ende vorigen Jahres in Prond. Von den Kaufleuten Tippet und Vaaser ist eine Buchfabrik errichtet worden. (Beilage.)

E. Grin, 16. Juli. [Selbstmord; Judenmission; Verleitung zur Auswanderung; Verurtheilung eines Brandstifters; Ernteaussichten; Viehpreis; Schaspoeken.] Der bei der evang. Schule zu L. Kreis Schubin, angeheiratete erste Lehrer N., der durch überhandnehmenden Trunk sich für eine weitere Fortführung seines Amtes unfähig gemacht hatte und deshalb auch, jedoch nur in Rücksicht auf seine Familie, unter Beibehaltung eines Drittels seines Einkommens emittirt worden war, hat seinem Leben durch Verschlucken einer Quantität Vitriol ein Ende zu machen gesucht. In den dadurch verursachten, fürchterlichen Schmerzen durchschnitt er sich die Kehle, und verkürzte so die Qualen des unvermeidlichen Todes. — Das Bestreben einiger jüdischer Vorstandsmitglieder, zu bewirken, daß kein Kind der Gemeinde mehr die Missionschule besuche (s. Nr. 159), scheint erwünschten Erfolg nicht zu erreichen. In voriger Woche kamen wiederum Kinder zur Schule. Einer der darüber zur Rede gestellten jüdischen Väter gab den Vorstehern Antwort, daß sie ja auch ihre Kinder in Schulen (namentlich Gymnasien) schickten, wo ebenfalls nur christliche Lehrer unterrichteten, und was sie thaten, müsse auch ihm erlaubt sein. — Die Häuser Meyer und Martens zu Hamburg unterhalten auch in der Provinz Agenten, um Leute zur Auswanderung zu bestimmen. Zunächst ist es ihnen in der Samoschiner Gegend gelungen, mehrere Familien dazu zu verleiten, die bereits im vorigen Monat nach Hamburg zur Einschiffung nach Amerika abgereist sind. Die Regierung hat von dem Treiben der Agenten dieser dazu unkonfessionirten Häuser Kenntniß erhalten und daher die strengste Ueberwachung Seitens der Behörden angeordnet. — Der Einwohner Matecki zu Lastkownice ist wegen vorsätzlicher Brandstiftung unter erschwerenden Umständen am 12. d. vom Geschworenengericht zu Bromberg zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Das seit mehreren Tagen wiederum herrschende trockene und warme Wetter hat die sehr gehemmt gewesene Heuernte beenden lassen, die ziemlich reichlich ausgefallen ist. Der Roggen reift alle Jahre auf unserm durchweg etwas kaligründigen Boden später als auf wärmerem, weshalb die Ernte frühestens über acht Tage bei uns beginnen wird; dagegen hat dieselbe auf dem leichteren Boden des Chodziesener Kreises bereits begonnen. Außer dem schon früher erwähnten sehr guten Stande des Sommergetreides hier können wir besonders noch den vorzüglichen Stand der Erbsen und Kartoffeln rühmen. Die Negebruchfelder versprechen in diesem Jahre, wie seit lange nicht, für alle Fruchtgattungen eine besondere Ergiebigkeit. Außer der günstigen Witterung hat auch die Möglichkeit einer rechtzeitigen, gründlichen Ueberbestellung im Frühjahr viel dazu beigetragen, da diese Felder diesmal ganz trocken aus dem Winter gekommen waren und ebenso auch späterhin von Wasser frei geblieben sind. — Bei dem am Montag hier abgehaltenen Jahrmärkte war viel Rindvieh zum Verkauf, das zu etwas mäßigeren Preisen als bisher abging. — In Noszembowo sind unter den Schafen die Rocken ausgebrochen.

th Aus der Provinz, 16. Juli. [Judenmission.] An Stelle der in Rogasen eingegangenen Missionschule ist eine solche in Gnesen errichtet worden, wonach nun wieder in der Provinz 11 solcher Schulen mit 12 Lehrern bestehen. Davon ist die zu Kempen noch immer eine zweiklassige; die übrigen einklassigen sind in Posen, Dobornik, Bomst, Schlichtingsheim, Sandberg, Storchnest, Gnesen, Inowraclaw, Grin und Margonin. Von den vier Missionspredigern sind einer in Posen, einer in Gnesen und zwei in Fraustadt stationirt.

Angewandte Fremde.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. v. Bojanowski aus Rogazewo.
HOTEL DU NORD. Bevollmächtigter v. Siebmigrodzki aus Neudorf; Gutsb. v. Strzyblewski aus Oleszyno; Frau Gutsb. v. Bieganski aus Gylowo.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wünsche aus Leipzig, Linquer aus Magdeburg, Wendheim und Vitte aus Berlin.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Ploß aus Landsberg a. W., v. Taczanowski aus Goryn, Körner aus Stible und v. Mrozinski aus Schwakowo; Frau Gutsb. Gräfin Westerska aus Zakzewo; Gutsb. und Lieutenant v. Förster aus Wilsulle; Major v. Nothig aus Lubken; Gutsb. v. Lastowski aus Briesen; Rechtsanwalt Vier aus Keßen; Rechnungsführer Danz aus Stible; die Kaufleute Lüdcke aus Neustadt-Oberwalde, Kuhlbaum aus Annaberg und Kühn aus Leipzig.
BAZAR. Gutsb. v. Niezypkowski aus Grandwo.
HOTEL DE BAVIERE. Die Gutsbesitzer Klenke aus Stregenz und v. Kocorowski aus Jasin; die Gutsbesitzerfrauen v. Nychkowska aus Zimnowoda und v. Zakzewska aus Jabno.
GOLDENE GANS. Fräulein v. Zuchlinska aus Ptersto.
HOTEL DE BERLIN. Frau Gutsb. Friebe aus Wialzyce; die Gutsb. Helberg aus Landsberg und Segler aus Schlochau; Meiner Boyd aus London.
HOTEL DE PARIS. Professor Zajdel aus Baden und Gutsbesitzer v. Paszynski aus Krzywogrod.
WEISSER ADLER. Posthalter Kunan aus Breschen; Kämmerer Reigt und Konditor Karbowski aus Samter.
EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Witkowski aus Trzemesno, Ehrenfried und Klempnermeister Nadjiesewski aus Breschen; Uhrmacher Reigt aus Urzuchstadt und Frau Kaufm. Bar aus Breschen.
PRIVAT-LOGIS. Kaufmann Adler aus Wellstein, leg. Meistr. Nr. 3.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Aufforderung.
 Von dem diesseitigen Kreise sollen zu den diesjährigen großen Truppen-Uebungen für das 4. Landwehr-Infanterie-Regiment 48 Pferde gestellt werden.
 Nach dem Kreisratsbeschlusse vom heutigen Tage sollen die gedachten Pferde auf Kosten des Kreises angeschafft werden und steht zur Auswahl und Abschätzung derselben Termin auf den 23. d. M. Vormitt. 8 Uhr auf dem Viehmarkte hieselbst an.
 Die zu stellenden Pferde dürfen nicht unter 4, und nicht über 10 Jahre alt sein, sie müssen eine Größe

von mindestens 4 Fuß 11 Zoll haben, nicht schwachbeinig, steif, abgetrieben, kraftlos, oder unverhältnismäßig schmal gerippt sein. Hengste, tragende Stuten, und alle mit Hauptfehlern, Krankheiten, oder sonstigen zum Dienste der Kavallerie untauglich machenden Mängeln behafteten Pferde werden nicht angenommen.
 Besitzer derartiger brauchbarer Pferde, welche sie zu verkaufen Willens sind, werden hiermit aufgefordert, diese an dem gedachten Tage der Kreis-Kommission vorzuführen, resp. den Kauf mit ihr abzuschließen.
 Wongrowitz, den 14. Juli 1856.
 Königlich Landrath.

Pferde-Auktion
 im königlichen Posenschen Landgestüt.
 Mittwoch den 20. August c. von Morgens 10 Uhr ab sollen 10 bis 11 austrangirte königliche Landbeschäler und 3 austrangirte Zuchtstuten auf dem Landgestüthofe hieselbst gegen gleich baare Bezahlung in öffentlicher Auktion zum Verkauf gestellt werden.
 Schloß Zirke, den 16. Juli 1856.
 Der Landstallmeister Meißner.

Landgüter-Verkäufe.
 In Folge vielfacher mündlicher und brieflicher Nachfragen nach Landgütern von Käufern aus den westlichen Provinzen, eruche ich Besitzer von mittleren und großen Gütern, die reell und solide verkaufen wollen, mich mit Verkaufsaufträgen baldigst zu betrauen.
G. Hoppe,
 Agent und prakt. Landwirth in **Bromberg,**
 Comptoir: Friedrichstr. 60.

Die **allgemeine Renten-, Kapital- und Lebensversicherungsbank TEUTONIA** in **Leipzig** ist gegründet auf ein Aktienkapital von 600,000 Thln., welches allmählig abgestoßen wird, so daß die bei ihr Versicherten nach und nach in den Alleinbesitz der Bank kommen, deren Nutzungen ihnen anfangs zur Hälfte, später ganz als Dividende ausgezahlt werden. Sie bietet die allermännigfaltigsten Versicherungen zu den billigsten Bedingungen, gestattet Uebertragungen der abgeschlossenen Versicherungen auf andere Personen und auf andere Versicherungsarten, kontrahirt auf die kleinsten wie auf die größten Summen, und macht die Zeitwerthe der mit ihr abgeschlossenen Versicherungen, welche sie in Kasse halten muß, später (ohne Nennung von Namen, aber mit Angabe der Nummern) jährlich bekannt.
 Nähere Auskunft (Prospekte gratis) ertheilen (auf portofreie Anfragen) das Bureau der „Teutonia“, so wie alle Agenten derselben.

Die Kinderversicherungs- und Ausstattungs-Erbschafts-„Teutonia.“
 gewährt Vortheile, wie sie keine ähnliche Anstalt bietet. Sie zerfällt in zwei Klassen. In Klasse I. ist jährlich nur ein Thaler regelmäßiger Beitrag zu zahlen. Freiwillige Beiträge nach Belieben. Die Versicherten erhalten am Schlusse des 21. Lebensjahres: die allmählig eingelegte Summe vermehrt mit 3 1/2 Proz. Zins auf Zins und die Erbschaft an den ganzen Kassenantheil der inzwischen verstorbenen Versicherten dieser Klasse, gleichfalls mit 3 1/2 Proz. Zins auf Zins. In Klasse II. werden regelmäßige Beiträge gar nicht entrichtet, nur freiwillige. Im Falle des Todes wird das eingezahlte Kapital zurückgegeben. Jederzeit, wenn es verlangt wird, spätestens aber nach Ablauf des 25. Lebensjahres erhalten die Versicherten das eingelegte Geld mit 3 1/2 Proz. Zins auf Zins und die Erbschaft an den für die inzwischen verstorbenen Versicherten von der Bank aufgebrauchten Kapitalien. — In beiden Klassen werden die Kassenantheile aller Versicherten jährlich bekannt gegeben, so daß Jeder deren Anwachsen verfolgen kann. Prospekte sind bei den Agenten der Bank und auf deren Bureau unentgeltlich zu erhalten. Die Vermittelung eines Agenten der Bank ist bei dieser Versicherungsart nicht nothwendig, man kann sich in portofreien Briefen direkt an die Bank wenden.
 Ein Material- und Restaurations-Geschäft ist nebst dem dazu gehörenden Inventarium sofort zu übernehmen und werden Adressen unter Litt. **M.** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Neuer Roggen,
 gesund und trocken, wird bei Untergetrocknetem bei Quantitäten von mindestens 2 Schoffeln gegen bestes Roggenmehl Nr. 1 und 2 jederzeit ungetauscht.
 Posen, den 18. Juli 1856.
Johann Kratochwill,
 Dampfmühlbesitzer.

Auf dem Rittergute **Conradswaldau** bei Stroppen, Trebnitzer Kreises, stehen 60 bis 70 Stück ausgezeichnete hochstämmige Orangeriebäume, Myrthen etc. zum sofortigen Verkauf.

130 fette Hammel stehen in **Stempuchowo** bei **Wongrowitz** zum Verkauf.

Auf dem Probstei-Vorwerk in **Tarnowo** stehen 100 fette Hammel zum Verkauf.

Im Dominium **Groß-Żejory** bei Santow hstl stehen Masthammel zu verkaufen.

Butter-Anzeige.
 Ganz frische **Fischbutter** a Pfd. 7, 7 1/2 und 8 Sgr. offeriren **Krug & Fabricius** Breslauertstraße 7.
 Fette **Sabnkäse** à 2 1/2 und 3 Sgr. pro Stück offerirt **Michaelis Peiser,** Hôtel de Rome.

Simbeerjast, täglich frisch von der Presse, solcher auch mit Zucker, bei **Adolph Moral.**
 Von dem in neuerer Zeit so sehr beliebten (neuen Parfüm)

Eau de Romst
 (von dessen Erlös 5 % zum Besten des Nationalbanks Werthung finden) empfing so eben in Kommission und empfiehlt in gr. und kl. Flaschen à 10 und 5 Sgr. **A. Munkel,** Wasserstr. Nr. 31.

Ausverkauf!!!
 Von heute den 18. Juli ab verkauft die Handlung **H. Kolanowski,** Breitestr. Nr. 13, die Waaren, bestehend in Porzellan, Glas und Steingut, um damit zu räumen, zu Fabrikpreisen.

Ein **Wahagoni-Konditorei-Depositorium** ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Beingebeinde und zwei gut erhaltene Treppen sind zu verkaufen in **Mylius Hôtel.**

Altes Zink
 kauft zu den höchsten Preisen **H. H. Löwenstein,** Stettin, Zimmerplatz 88.

Gerberstraße 47 zwei Treppen hoch sind 4 Stuben mit Zubehör sogleich zu vermietthen.

Mühlstraße Nr. 17 ist im zweiten Stock eine Wohnung, bestehend aus vier Zimmern, Küche und Zubehör, vom 1. Oktober d. J. zu vermietthen.

Bronker- und Krämerstraßen-Gasse Nr. 1/20 sind zwei Wohnungen in der zweiten Etage zu vermietthen. **Dziurobek,** Prov.-Landfch.-Kassenbeamter.

Ediktal-Vorladung.

Die unbekanntten Inhaber nachstehend bezeichneter westpreussischer Pfandbriefe:

Namen und Wohnort des Extrahenten.	Bezeichnung der Pfandbriefe.	des Departements.	Ursache der nachgeschuldeten Amortisation.
1. Berv. Major May zu Danzig	Nr. 10, Suchorenz, à 25 Zhr. - 27, Bierchuczyn, à 25 Zhr.	Bromberg	verbrannt im Jahre 1850.
2. Gutsbesitzer v. Harpart zu Zegartowice	Nr. 15, Nawra, à 1000 Zhr.	Marienwerder	verloren.
3. Ober-Präsident v. Puttkammer zu Posen	Nr. 9, Stolzenfelde, à 800 Zhr. - 84, Sobiesierne, à 600 Zhr. - 47, Grabionne, à 500 Zhr. - 15, Rosainen, à 200 Zhr.	Bromberg	gestohlen im J. 1852.
4. Levin Noah zu Bönhof, jetzt zu Mewe	Nr. 16, Polichno, à 800 Zhr.	Schneidemühl	verbrannt im Jahre 1852.
5. Katholisches Kirchen-Kollegium zu Kunzendorf	Nr. 76, Lopaiten, à 75 Zhr.	Marienwerder	unkennlich geworden.
6. Die Erben des Mühlenbesizers Ernst Rose zu Danzig	Nr. 4, Palubin, à 200 Zhr. - 43, Witowh, à 200 Zhr. - 17, Kotomierz, à 200 Zhr. - 20, Rozirog, à 500 Zhr. - 76, Wichorze, à 25 Zhr.	Danzig	verbrannt im Jahre 1852.
7. Wittmeister v. Kuylenstierna'sche Eheleute zu Fürstenwalde	Nr. 15, Mitoslawice, à 1000 Zhr.	Bromberg	verloren im J. 1844.
8. Kirchen-Kollegium zu Neukirch bei Tolkemit	Nr. 3, Borruczyna, à 100 Zhr.	Danzig	unkennlich geworden.

werden auf den gesetzlich begründeten Antrag vorgenannter Extrahenten aufgefordert, ihre Ansprüche auf die bezeichneten Pfandbriefe bis zu dem am 2. Januar 1857 beginnenden Zinszahlungstermine, spätestens in dem auf den 23. April 1857 Vormittags 11 Uhr vor dem General-Landschafts-Syndikus, Geheimen Justizrath Ulrich, angelegten Refraktionenstermin im hiesigen Landschaftshause anzumelden, widrigenfalls die gänzliche Amortisation gedachter Pfandbriefe zu gewärtigen ist.
 Marienwerder, den 6. April 1856.
 Königl. Westpreussische General-Landschafts-Direktion.
v. Nabe.

Von Michaelis d. J. an bin ich genehmen, mein mit der Below'schen Schulanstalt verbundenes Mädchen-Pensionat zu erweitern. Mein Bestreben wird stets auf die gewissenhafteste Pflege und Förderung des leiblichen wie geistigen Wohles der mir anvertrauten Zöglinge gerichtet sein. Diejenigen Eltern, welche hierauf reflektiren, ersuche ich um baldige Anmeldung.
Emma Berger, Friedrichstr. Nr. 33b.

Kommis Kirsten aus freier Hand zu ermäßigten Preisen gegen sofortige baare Bezahlung verkaufen.
 Posen, den 15. Juli 1856.
Zobel, Lieutenant a. D. und Verwalter der Wolczynskischen Konkursmasse.

Auktion.
 Montag den 21. Juli c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im Laden **Breslauertstraße Nr. 1** verschiedene **Gold- und Silber-sachen, eine Parthie Posamentier-Waaren, Frauen, Gimpe, Tisch-gedecke, Handtücher, Strümpfe, Weißstickereien, Kleidungsstoffe, hohe und niedrige Herren-Filzhüte, Filz-Heitdecken, Jagd- und Reisetaschen, Reisekoffer, Rouleaux, Wachseleinwand und Glanzgummischuhe** gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.
Lipschitz, Königl. Auktions-Kommissarius.

Kolonial-Waaren-, Rum-, Arak- und Wein-Ausverkauf en gros.
 In Folge Beschlusses der Alexander Wolczynskischen Konkursgläubiger werde ich vom 17. Juli bis zum 1. August d. J. in dem bisherigen Geschäftslokale der Wolczynskischen Handlung am alten Markt Nr. 82 hieselbst, des Vormittags von 7 bis 1 Uhr und des Nachmittags von 3 bis 6 Uhr die vorhandenen **Waaren-Vorräthe,** als: Porter, Rum, Arak, diverse Weiß- und Rothweine in Gebinden und Flaschen, Liqueure, Essig, Kolonialwaaren, Rauch- und Schnupftabake, Cigarren, Mostich, Dese, Farbestoffe in großen Quantitäten; ferner: Möbel, Lebnutensilien, leere Fastagen und Flaschen en gros theils selbst, theils durch den Handlungs-

